



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

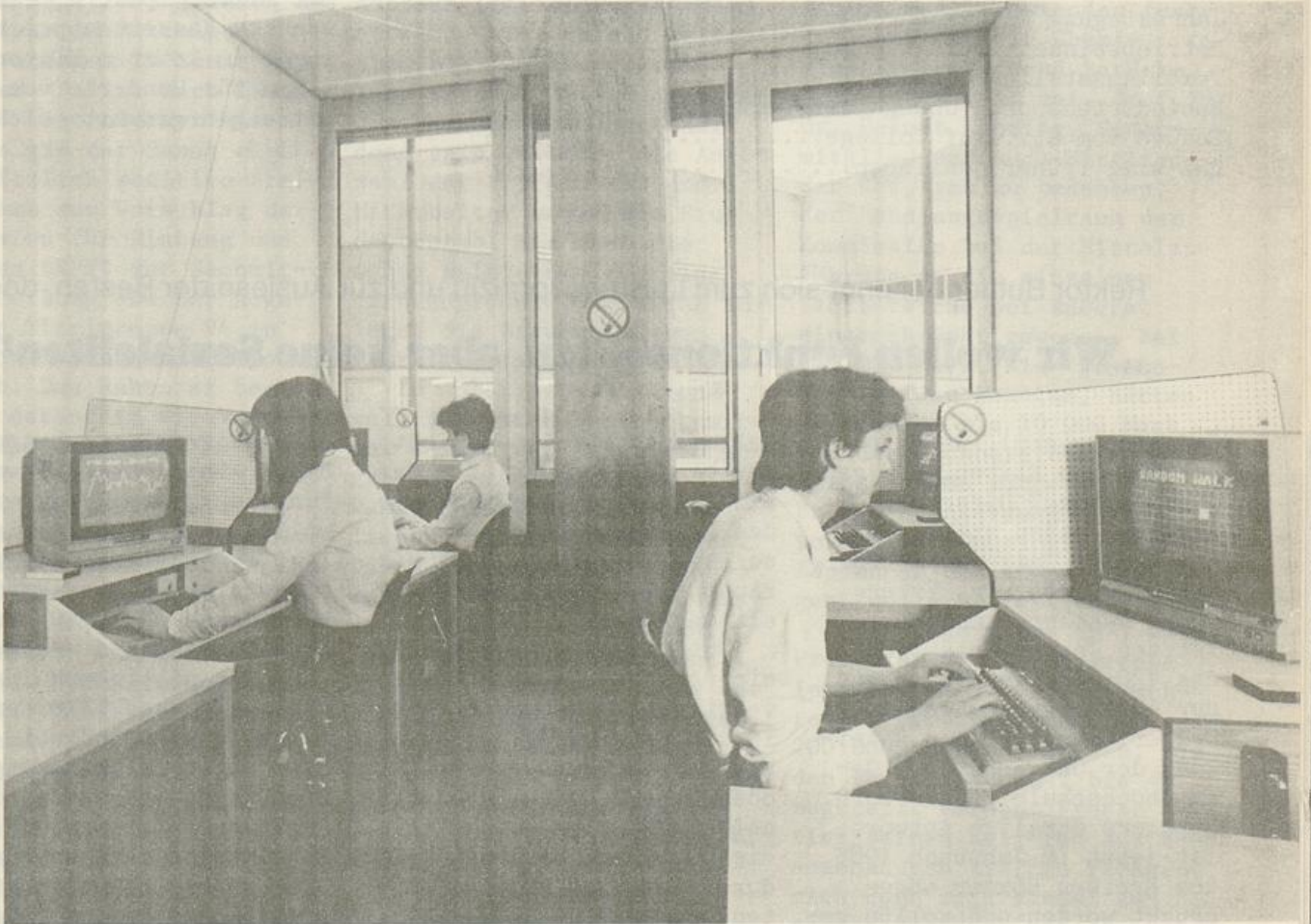
Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Nr. 11

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

15. 3. 1985, Nr. 11, 2. Jg.



- Landespflege in Höxter
- Haushalt '85
- Hochschulabsolventen und Beruf
- Eliteförderung !

AUS DEM INHALT:

Bericht aus dem Senat: Haushalt '85.....	3
Bericht aus dem Konvent: Prorektor-Wahl.....	4
Berufseinstieg von Hochschulabsolventen.....	5
Zum AStA-Haushalt	6
Ringvorlesung Ökologie.....	7
SPD-Delegation besucht Uni-GH.....	7
Landespflege in Höxter.....	8
Uni-Kolloquium: Künstliche Intelligenz.....	10
Computer in Lehr- und Lernmittelbranche.....	11
Kurz berichtet.....	13
Arbeitszeit für Beamte.....	16
Personalien.....	17
Hannover-Messe: 2 Exponate der Uni-GH.....	18
Forschungsförderung durch Stiftung Volkswagen...	18
Mittelbau-Vertretung.....	19
Hauswirtschaftsmeisterinnen.....	20
Jahrestagung Fachgruppe Haushaltswissenschaft...	21
Betriebseinheit Sprachlehre.....	22
Textilausstellung 'Industriebänder'.....	22
Behindertensport: Übungsleiterlizenzen.....	23
Besuch vom St. Olaf College.....	24
HRZ will früher schließen.....	24

IMPRESSUM:

Herausgeber: Pressestelle der
Universität - Gesamthochschule -
Paderborn
Redaktion: Cornelia Filter
und Detlev Grewe (V.i.S.d.P.)
Druck: Hausdruckerei
Namentlich gekennzeichnete Bei-
träge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

ZUM TITELBILD:

Das Titelbild zeigt den mit vier
Arbeitsstationen ausgerüsteten
Übungsraum des AVMZ, bestückt
mit Mikrocomputern, Farbmonito-
ren und Kassettenspeichern. Er
wurde im letzten Wintersemester
schon für Hunderte von Einzel-
sitzungen genutzt (siehe Bericht
S.11).

Rektor Buttler bekennt sich zum Leistungsprinzip und zur Auslese der Besten, doch:

„Wir wollen Funktionseliten, aber keine Sozialeliten“

Paderborn (ghp). Wer ist schon gegen Eliten, wer gegen Leistung? Diese rhetorischen Fragen stellte der Rektor der Universität Paderborn, Prof. Dr. Friedrich Buttler, im Herbst letzten Jahres anlässlich des 120-jährigen Bestehens der ehemaligen Bauschule in Höxter, der heutigen Abteilung der Universität - Gesamthochschule - Paderborn. Buttlers damalige Antwort ist jetzt im Jahrbuch 1985 des Kreises Höxter abgedruckt worden und sollte gerade in der aktuellen Diskussion über die Förderung von Eliten an den Hochschulen in Erinnerung gerufen werden.

Der Uni-Rektor hielt unmißverständlich fest: "Wer das Leistungsprinzip in Frage stellt, kann nicht mehr der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden an der Hochschule zugehören, weil er das Grundprinzip der Funktionsfähigkeit der Hochschulen - nämlich nach Ex-

zellenz zu streben - nicht anerkennt." Das Prinzip der Exzellenz auf der Grundlage des Leistungsprinzips soll, so Buttler weiter, "zur Herausbildung von Funktionseliten führen".

Unter Funktionseliten ist eine Auslese der Besten zu verstehen, die ihre Aufgaben in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in der Politik oder allgemein in der Gesellschaft wahrnehmen, weil sie besonders befähigt und durch ihre Ausbildung kompetent sind. Solchen Funktionseliten sollen jedoch nicht nur Mitglieder bestimmter Gesellschaftsschichten angehören können, etwa diejenigen angehenden Akademiker, die ein reiches Elternhaus haben, sondern: jeder Student, der sich durch seine eigene Leistung, seine Neigungen und Eignungen besonders auszeichnet, soll unabhängig von seiner sozialen Herkunft gefördert werden und die Chance erhalten, in die Funktionselite aufzusteigen. Diesem

Grundsatz folgend betont Uni-Rektor Buttler: "Wir wollen Funktionseliten. Was wir nicht wollen sind Sozialeliten!"

Die wichtige Förderung besonders befähigter Studenten, könne nach den bestehenden Studienordnungen und auf Grundlage des gültigen Hochschulrahmengesetzes (HRG) erfolgen, meint Buttler und weiß sich hier in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zum Entwurf des geplanten neuen HRG. Die WRK spricht sich gegen besondere, in Ausstattung und Curriculum privilegierte Studiengänge für besonders befähigte Studenten parallel zu den bestehenden Studiengängen aus. Die zweifellos wichtige Förderung besonders befähigter Studenten sollte, so die WRK "im Prinzip innerhalb bestehender Studiengänge durch individuelle Förderung erfolgen". Das entspräche auch der bisherigen Praxis.

Senat befaßte sich mit Haushalt 1985

4,7 Mio. für alle Fachbereiche davon 37% für die Ingenieure und 4% für die Geisteswissenschaften

Paderborn (ghp). Die Verteilung der Haushaltsmittel für das Jahr 1985 standen am 6. Februar im Mittelpunkt der Beratungen im Senat und Rektorat. Fazit: nach längerer und kontroverser Diskussion gab der Senat eine grundsätzlich positive Stellungnahme zum Vorschlag der Kommission für Planung und Finanzen (KPF) zur Sachmittelverteilung aus der sogenannten Titelgruppe 94 in Höhe von rund zehn Millionen Mark ab. Das Rektorat beschloß daraufhin die Verteilung, die u.a. den Fachbereichen insgesamt 4,7 Mill. Mark zur Verfügung stellt, die Ausgaben für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte mit knapp 4 Mill. Mark festhält und eine Hochschulreserve von 259 000 DM vorsieht. Für Berufungszugaben und Vorabfestlegungen sind rund 421 000 Mark veranschlagt worden.

Mit der Festlegung der letztgenannten Summe zeigte sich der KPF-Vorsitzende Prof. Georg Hartmann nicht zufrieden. Dem Senat erläuterte er, daß mit Blick auf das kommende Jahr größere Zurückhaltung bei der Mittelverteilung für die Berufungs- und Bleibeverhandlungen geübt werden müsse, um den Fachbereichen so einen größeren finanziellen Spielraum zu ermöglichen. Im Vergleich zum Haushalt des vergangenen Jahres hätten die Fachbereiche, so Hart-

mann, Abstriche von jeweils 11 % hinnehmen müssen. Auf Anfrage teilte der KPF-Vorsitzende mit, welche Kriterien als Bemessungsgrundlage für die Zuwendungen an die Fachbereiche entscheidend sein sollten: die Anzahl der Professoren und Mitarbeiter sowie die Studentenzahl als auch die schon geleistete Ersteinrichtungssumme und nicht zuletzt die Einwerbung von Drittmitteln.

In Anbetracht der generell gekürzten Haushaltsmittel sei es der KPF darum gegangen, niemanden über die Maßen unberücksichtigt zu lassen, erklärte Hartmann. Die Wünsche aus den Fachbereichen hätten sich, so müsse er leider feststellen, "gegenseitig aufgehoben".

Einer Benachteiligung der Ingenieurwissenschaften gab Senatsmitglied Prof. Dr. Raimund Stock Ausdruck. Tatsächlich seien nur die Durchschnittszuweisungen für die E- und M-Technik mit -5 % bzw. -7 % rückläufig. Das widerspreche der vom Rektorat selbst ausgesprochenen Verpflichtung, diese Fächer besonders zu fördern, monierte Stock. Nach nochmaliger Prüfung der Zuweisungen entschloß sich das Rektorat, den beiden Fachbereichen zusätzlich je 20 000 Mark zuzuweisen. Aus der gesamten Verteilungssumme stehen ihnen jetzt rund 1,75 Mill. Mark zur

Verfügung.

Der in der Senatssitzung als Gast anwesende Dekan des Fachbereichs Chemie, Prof. Dr. Antonius Kettrup, verwies nachdrücklich auf die seiner Meinung nach völlig unzureichende Mittelausstattung des Fachbereichs im Vergleich etwa zu den Physikern. Zwar bezweifle er grundsätzlich nicht den Bedarf der einzelnen Fachbereiche, er müsse jedoch, angesichts der Zahl der Studenten und Promovenden feststellen, daß die Chemie nicht entsprechend berücksichtigt worden sei. Prof. Dr. Helmut Lenzing, Senatsmitglied und auch Mitglied der KPF, gab zu bedenken, der Handlungsspielraum der Kommission bei der Mittelzuführung an die einzelnen Fachbereiche sei äußerst eingeschränkt gewesen. Bei 160 000 Mark, die 'gescho-ben' werden konnten, hätten nicht mehr als 10 000 Mark auf die Fachbereiche verteilt werden können. Die Prioritätensetzung des Rektorats, so Lenzing weiter, fänden in den KPF-Vorschlägen "volle Reflektion".

"Wir sind keine TH", warf Prorektor Dr. Peter Freese in die Diskussion und machte auf die insgesamt nur 200 000 Mark aufmerksam, die den Fachbereichen 1 bis 4 zugeteilt werden. Freese riet seinen Kollegen aus den sogenannten kleinen Fächern, sich doch auch einmal zusammenzusetzen "und den Finger zu heben". Prorektor Prof. Dr. Schlimme warnte, daß die Solidargemeinschaft der Fachbereiche und Fächer in bezug auf eine erträgliche Zusammenarbeit bald ihre Grenzen erreicht haben würde. Sogenannte Kleinverbraucher könnten nicht noch weiter, das hieße bis zur Arbeitsunfähigkeit heruntergeschraubt werden, meinte

Schlimme.

Mit weniger Geld als im Vorjahr müssen auch andere Einrichtungen der Hochschule wirtschaften, so etwa das AVMZ, dem 1984 noch 130 000 Mark zur Verfügung standen. In diesem Jahr waren von der KPF 94 000 Mark vorgesehen, doch wurde dieser Betrag nach Einlenken von Kanzler Ulrich Hintze um etwa 10 000

Mark aufgestockt.

Ebenfalls aufgestockt wurden die Sachmittel für die Arbeit des Akademischen Auslandsamtes. Sah die KPF hier einen Betrag von 8 000 Mark vor, so wurde dieser durch einen Beschluß des Rektorats um 10 000 Mark erhöht. Die Betroffenen selber hatten 45 000 Mark veranschlagt.

das Amt des Rektors beim ersten Wahlgang ohne absolute Mehrheit bleiben; wie das bei den Prorektoren zu handhaben ist, läßt es aber offen. Diese Lücke müßte eigentlich die Geschäftsordnung des Konventes schließen; er hat aber (noch) keine.

Konvent sollte Prorektor wählen, doch:

Keine Mehrheit für Monien Neuer Wahlgang im April

Paderborn (ghp). Einen unerwartet ungewöhnlichen Verlauf nahm die jüngste Sitzung des Konvents. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Wahl des Prorektors. Prof. Dr. Eckhard Schlimme folgt einem Ruf nach Kiel, wo er zum Ende des Sommersemesters Institutsdirektor an der Bundesanstalt für Milchforschung wird. Prorektor Schlimme, der zur Zeit noch Vorsitzender der Forschungskommission ist, wollte zum 31. März ausscheiden.

Für die Wahl der Prorektoren sieht die Grundordnung der Universität-Gesamthochschule folgende Vorgehensweise vor: (§ 8, Absatz 1): "Auf Vorschlag des Rektors werden vom Konvent mit der Mehrheit seiner Mitglieder vier Prorektoren für die Dauer der Amtszeit aus dem Kreis der an der Hochschule tätigen Professoren gewählt und vom Rektor bestellt." "Mehrheit der Mitglieder" bedeutet, daß ein Kandidat mindestens 31 Ja-Stimmen für sich verbuchen muß, um erfolgreich zu sein,

da der Konvent 60 Mitglieder hat.

Eine Rechtslücke tat sich auf

Für die Nachfolge Schlimmes vorgeschlagen hatte Rektor Friedrich Buttler den Informatiker Prof. Dr. Monien. Doch versagte ihm der Konvent die nötige Mehrheit. Überraschendes Wahlergebnis: Von 46 Konventsmitgliedern - 14 (!) waren nicht erschienen - stimmten 28 mit "ja" und elf mit "nein" bei sieben Enthaltungen.

Der Kandidat war durchgefallen. Was nun? Diese Frage stellten sich die Mitglieder des Konvents. Doch auch die juristisch vorgebildeten konnten sie nicht beantworten. Denn das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes (WissHG) legt zwar fest, was zu tun ist, wenn der oder die Bewerber für

Rektor hält an
Vorschlag fest

Die Konventsmitglieder erörterten nun das Für und Wider eines zweiten Wahlgangs - wie er bei der Wahl des Rektors vom Gesetzgeber vorgesehen ist. Wegen der Rechtsunsicherheit kamen sie aber schließlich überein, die Wahl auf eine weitere Sitzung im April zu vertagen. Dies hörend, kündigte Rektor Buttler an, daß er auch bei einer erneuten Wahl an seinem Vorschlag festhalte.

Kandidat im "Kreuzverhör"

Zu Beginn der Konventsitzung hatte Buttler seine Kandidaten als einen hochqualifizierten Wissenschaftler geschildert, der u.a. auch als Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft tätig ist. Buttler: "Ein Prorektor sollte das Vertrauen des Rektors besitzen. Das ist in diesem Fall in außerordentlichem Maße gegeben." Monien, der von den Konventsmitgliedern einem kleinen "Kreuzverhör" unterzogen wurde, betonte, daß er die Arbeit Schlimmes fortsetzen will. Er interessiere sich nicht nur für sein Fach, sondern auch für andere Wissenschaften: "Bei

mir ist sehr viel Neugierde dabei." Und: "Ich weiß nicht, ob ich nach Ihren Kriterien ein guter Prorektor werde, aber engagieren werde ich mich auf jeden Fall."

Nach den Maßgaben der HRG-Novellierung zur Drittmittel-Forschung befragt, meinte Monien, er stehe dieser "sehr positiv" gegenüber. Auf die Frage "Sehen Sie Gefahren im Zusammenhang mit der Drittmittelforschung?" antwortete Monien: "Ich lege in erster Linie Wert darauf, daß gute Forschung gemacht wird, und Drittmittel können dazu beitragen."

Ein Studentischer Vertreter wollte wissen, welche Position der Prorektor inspe zu der Rolle einnimmt, die die HRG-Novelle dem Forscher und seinem Drittmittelgeber zuweist. Der Kandidat gab zu, daß er sich in diese Problematik "nicht eingearbeitet" habe, knüpfte daran aber den Hinweis, daß dem Hochschullehrer weitgehende Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden solle. Damit gab sich der studentische Vertreter nicht zufrieden: "Ihrer Meinung nach soll also nur der Hochschul-lehrer über Drittmittel entscheiden? Wir sind aber doch eine demokratische Hochschule". Monien: "Viele Drittmittelgeber sind bei akademischen Gremien äußerst zurückhaltend und wollen mög-

lichst nichts damit zu tun haben." Der Student: "Akzeptieren Sie das denn?" Der Kandidat: "Welche Einflußmöglichkeiten hat der Senat denn auf die Forschung? Die Verantwortung trägt ja doch der einzelne Forscher." Darauf ein Vertreter der Professoren: "Sind Sie nun für oder gegen eine Kontrolle der Drittmittelforschung durch den Senat? Das ist für einige von uns wichtig zu wissen." Monien: "Ich habe schon vorhin gesagt, daß letztlich der einzelne Forscher verantwortlich ist und damit die Frage beantwortet."

Wie er zur Hochbegabtenförderung stehe, wollte ein anderer erfahren. Da diese von den Hochschullehrern ohnehin besonders geschätzt und also unterstützt werde, halte er eine Einrichtung von eigenen Studiengängen und Kursen für diese kleine Gruppe von Studenten für nicht sinnvoll, betonte der Kandidat. Wie er sich die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses vorstelle, lautete eine weitere Frage. Es bedrücke ihn, wenn er sehe, wie wissenschaftliche Mitarbeiter mit Aufgaben belastet seien, die die Forschung einschränken. Monien: "Eine Möglichkeit zu helfen, ist natürlich, mehr Stellen zu schaffen." Das werde in der Informatik zur Zeit versucht.

teil sei der Fall, so hält eine jetzt erschienene Studie zu den 'Hochschulabsolventen beim Übergang in den Beruf' fest. Die These wird von Autoren der Studie, einer Arbeitsgruppe von Wirtschaftswissenschaftlern der Uni-GH, anhand umfangreichen statistischen Materials abgeleitet.

Rund 2 000 Gesamthochschul-Absolventen der Examenjahrgänge 1977 bis 1981 wurden drei Jahre nach ihren Abschlußprüfungen zum Übergang in den Beruf und zu ersten Berufserfahrungen befragt. 42,2 % der Angesprochenen waren antwortbereit. Deren Examensdurchschnittnoten liegen annähernd beim Notendurchschnitt auf Landesebene, so daß von daher nicht auf eine verzerrte Stichprobe geschlossen werden kann. Die Vermutung, hier hätten hauptsächlich nur diejenigen teilgenommen, die überdurchschnittlich gut qualifiziert und deshalb auf dem Arbeitsmarkt auch vergleichsweise leicht vermittelbar seien, sei also, so die Verfasser der Studie, nicht begründet. Die Untersuchung konzentriert sich im wesentlichen auf die Absolventen der integrierten Studiengänge. Vergleichsweise uninteressant war für die Untersuchenden der Berufseintritt für Lehrer, die, jedenfalls bis 1980, problemlos vom Staat als Schulträger aufgenommen wurden. Erst für den Jahrgang 1981 wandte sich der Fragebogen gezielt an die Absolventen der Lehramtsstudiengänge.

Spätestens vier Monate nach der bestandenen Abschlußprüfung finden 78 % der ehemaligen Studenten einen Arbeitgeber, jeder vierte von ihnen wechselt direkt vom Hörsaal an den Arbeitsplatz. Das gilt für die Absolventen der FH-Stu-

Berufsperspektiven der Hochschulabsolventen:

Arbeitsplatzsicherheit steht im Vordergrund

Paderborn (ghp). Hochschulabsolventen der Uni-GH Paderborn haben auf dem

Arbeitsmarkt keine überdurchschnittlichen Schwierigkeiten. Eher das Gegen-

diengänge genauso wie für die Kommilitonen aus den integrierten.

Für die Übergangsgeschwindigkeit beim Wechsel von der Hochschule in den Beruf machen die Wissenschaftler neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem persönliche Merkmale der Absolventen verantwortlich: zielstrebig planvolles Karriereverhalten und Identifikation mit einer Aufgabe auf der einen Seite, der Wunsch, vor dem Antritt in die Praxis auszuspannen und Zeit für die Informationen über den möglichen Beruf zu gewinnen auf der anderen.

Jeder vierte Hochschulabsolvent gibt für das Zustandekommen des ersten Arbeitsvertrages persönliche Kontakte zum Arbeitgeber an, sei es über Freunde oder Familienangehörige, sei es über ihre Hochschullehrer. In diesem Zusammenhang spielt jedoch auch die Rückkehr in den Familienbetrieb eine Rolle. Gelesene Anzeigen und persönliche Vorsprache machen für alle Absolventen gut die Hälfte der ersten Kontaktaufnahme aus.

Schriftliche Bewerbungen werden von den Abgängern aus den integrierten Studiengängen häufiger verfaßt als von den Vertretern der FH-Studiengänge. Die geringere Suchintensität könne, so folgert die Studie, gleichzeitig auch die längere Übergangsdauer derjenigen erklären, die weit mehr als vier Monate arbeitslos sind. Dies gelte insbesondere für einen großen Teil der FH-Abgänger.

Auch das ist interessant: FH-Absolventen suchen mehr als die anderen Kommilitonen einen Arbeitsplatz im lokalen Umfeld, während diese wiederum verstärkt formalisierte Kontaktmöglichkeiten nutzen. Die Autoren führen

dieses Suchverhalten auf die regionale Dimension beim Hochschulzugang zurück. Die Uni-GH Paderborn bildet ihre FH-Absolventen ausschließlich an den Abteilungsstandorten Höxter, Meschede und Soest aus, wobei sich die Studenten überdurchschnittlich aus dem regionalen Umfeld rekrutieren.

Mit "äußerster Vorsicht" interpretieren die Wirtschaftswissenschaftler die Befragungsdaten zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz. Bezüglich Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten und Einfluß zeigte sich nur ein Viertel nicht unzufrieden. Den Mangel innerbetrieblicher Einflußnahme und Aufstiegsmöglichkeiten kritisierten drei von vier Interviewten. Ihre Erwartungen wurden nicht erfüllt, eine latente Unzufriedenheit scheint gegeben zu sein.

Dagegen bleibt eine außerordentliche Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit zu konstatieren. Die Studie meint: eventuell könne hier der Schluß gezogen werden, "daß die Absolventen ihre Berufsentscheidung bei konkurrierenden Zielen, hohes Einkommen versus Sicherheit, zugunsten der Sicherheit getroffen haben". Diese Interpretation, so weiter, würde auf eine "geänderte Werthaltung unter sich verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen schließen lassen".

ASTA-Haushalt

Keine Monita

Paderborn (ghp). Keine Bedenken gegen den Haushaltsplan des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) der Universität-Gesamthoch-

schule Paderborn hat das Rektorat der Hochschule geäußert. Der Hochschulleitung wurde in diesen Tagen der Haushaltsplan der ASTA für den Zeitraum vom 1.10.1984 bis 30.9.1985 mit einer Rekordhöhe von knapp einer Million vorgelegt. Wie in den letzten Jahren so konnte auch diesmal das Rektorat dem ASTA eine formal korrekte Haushaltsführung bescheinigen.

Der Haushaltsplan besteht, so will es das Gesetz, aus Einnahme- und Ausgabtiteln mit jeweils fester Zweckbestimmung. Die Zuordnung der einzelnen Titel ist so vorzunehmen, daß aus dem Haushaltsplan die Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft erkennbar ist. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studentenschaft unterliegt der Prüfung durch den Landesrechnungshof.

Rund 220 000 Mark stehen dem ASTA aus den Mitgliedsbeiträgen der Studenten in einem Jahr zur Verfügung. Jeder Student hat pro Semester 10 Mark an die Studentenschaft abzuführen. 300 000 Mark nimmt der ASTA durch seinen Fotokopierservice ein. Dem stehen jedoch Ausgaben in Höhe von rund 220 000 Mark gegenüber, die für die Miete der Kopierer und das Kopierpapier aufgebracht werden müssen.

Für das laufende Haushaltsjahr veranschlagt der ASTA Einnahmen, die sich aus Fest-Veranstaltungen ergeben, in Höhe von 170 000 Mark.

Das erwirtschaftete Geld fließt größtenteils in die 17 Fachschaften und die Projektbereiche, etwa in die Projekte 'Ausländische Studentenvertretung' oder 'Dritte Welt Laden' und Ökologie- und Frauenprojekt.

Als einmalige Ausgabe hat

der AstA für dieses Jahr den Ankauf einer Offsetdruckmaschine in Höhe von rund 40 000 Mark veranschlagt.

Die Einnahmen aus den Kulturveranstaltungen (Filmvorführungen, Musikveranstaltungen) deckten, so AstA-Vorsitzender Ulrich Walwei, die Ausgaben nicht. Kulturveranstaltungen, hierfür sind 30 000 Mark Einnahmen vorgesehen, seien ein Zuschußgeschäft und müßten über andere Haushaltstitel der Studentenschaft ausgeglichen werden, meinte Walwei.

Beiträge für den Dachverband der Verfaßten Studentenschaft, VDS, die diesem direkt zufließen, sind im Haushaltsplan nicht enthalten. Walwei: "Der VDS erhält von uns nur zweckbestimmte Gelder."

Überschüsse oder Fehlbeiträge aus dem laufenden Haushaltsjahr müssen in den nächsten Haushalt als Einnahme bzw. Fehlbetrag übernommen werden. In den jetzigen Haushalt konnten rund 55 000 Mark aus dem Vorjahr einfließen.

● Öko-Ringvorlesung

Der AstA wird im Sommersemester zusammen mit dem Projektbereich Ökologie eine Ringvorlesung anbieten zum Thema Ökologie. Die Veranstaltung soll vom 17. April an jeweils mittwochs um 20.00 Uhr im Hörsaal H 1 durchgeführt werden. Das Rektorat der Hochschule hat für die Veranstaltungsreihe die Schirmherrschaft übernommen.

Namhafte Referenten konnten der AstA für die einzelnen Abende gewinnen, so etwa

den designierten Umweltminister des Saarlandes, Jo Leinen, der an der abschließenden Podiumsdiskussion teilnehmen wird oder den ehemaligen Juso-Vorsitzenden Johanno Strasser, der seine Gedanken zur 'Industriegesellschaft und den natürlichen Lebensgrundlagen' zum besten geben wird. Weitere Themen: Umwelterziehung, Umwelt und Ernährung, Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung, Energiepolitik.

Ziel der Ringvorlesung sei, so der AstA, einerseits alle interessierten Paderborner - insbesondere auch die Nicht-Studenten - über die Probleme rund um die Ökologie zu informieren und andererseits aufmerksam zu machen auf einen Mangel an Lehrveranstaltungen zu diesem Thema an der Uni-GH.

Zum Auftakt der Veranstaltung wird Hochschullehrer Dr. Arno Klönne sein Einführungsreferat 'Mensch und Umwelt' halten.



INFORMATIONEN VOR ORT sammelten heimische Sozialdemokraten und ihre Parteifreunde aus dem Bundestag Mitte Februar bei einem Besuch an der Uni-GH. Auf dem Programm standen Gespräche mit dem AstA und mit Vertretern des Rektorats. Zudem wurden Forschungseinrichtungen der Uni-GH am Fachbereich 13 besichtigt. Prof. Kettrup berichtete über Forschungsaktivitäten und -schwerpunkte seines Faches. Die SPD-Delegation zeigte sich besonders interessiert an Forschungsvorhaben aus dem Bereich Umweltanalytik. Rektoratsmitglieder erörterten mit ihren Gästen ausführlich das Konzept Gesamthochschule und die Hochschulkooperation mit der Industrie. Der Delegationsleiter MdB Kurt Vogelsang aus Bielefeld wurde über die Stellungnahme der Hochschulleitung zur geplanten Technischen Fakultät an der Uni Bielefeld unterrichtet. Auf unserem Foto (von links): Kathrin Fuchs (MdB), Prof. Kettrup, Kurt Vogelsang (MdB (MdB), Peter Bruckmann (SPD-Unterbezirksvorstand), Prorektor Schlimme, Dr. Helmut Funke (Unterbezirksvorsitzender), MdB-Inbrügger, Heinrich Becker (stv. Unterbezirksvorsitzender), Prorektor Hartmann, Mechtild Rothe (Europaparlamentarierin) bei der Besichtigung am FB 13.

Ein „kleines Fach“ stellt sich vor

Der Studiengang Landespflege und die „gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen“

Höxter. Die Redaktion der "hausmitteilung" will in unregelmäßiger Folge den sogenannten "kleinen Fächern" die Möglichkeit geben, sich einmal mehr oder weniger ausführlich einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen. Den Anfang machen wir heute mit der Landespflege, die sich mit der Architektur den Fachbereich 7 (Abteilung Höxter) teilt. Die Garten- und Landschaftsarchitektin Prof. Anneliese Wolf befaßt sich in ihrem "Zwischenbericht", wie sie es nennt, mit "gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen im Verhältnis zu unserem Studiengang Landespflege" und behandelt folgende Schwerpunkte: 1. Landespflege - ein querschnittsorientierter Studiengang, 2. Landespflege in regionaler Öffentlichkeit und 3. Landespflege in über-regionaler Öffentlichkeit. Wir drucken an dieser Stelle den ersten und zweiten Teil des Artikels ab. Teil drei folgt in der nächsten Ausgabe der "hausmitteilung".

Landespflege - ein querschnittsorientierter Studiengang

Obwohl die Landespflege nun seit vielen Jahren ein Mitglied unserer Universität darstellt, ist sie bei vielen Beteiligten weder als

Berufszweig noch in ihrer hiesigen Existenz bekannt. Sämtliche Medien unserer Gesellschaft, die unseren Informationsstand nachhaltig beeinflussen, sprechen nahezu jeden Tag über den Inhalt dieser Berufsrichtung: den Inhalt des biologischen Umweltschutzes. Die Landespflege umgreift jedoch nicht nur diese derart zentral gewordene gesellschaftspolitische Aufgabe, sondern desgleichen die historische Gartenarchitektur mit ihren mannigfachen Spielräumen von der Schrebergartenplanung über die Bundesgartenschau zur Straßen- und Wohnumfeldverbesserung. Um ein derart umfassendes Gebiet mit all seinen so heterogenen Spielarten wie Kunst, Technik und dem gesamten Sektor der Biologie sinnvoll zusammenfassen zu können, ist nicht nur ein querschnittsorientiertes Arbeiten, sondern ebenso ein querschnittsorientiertes Denken notwendig. Dieses benötigt Fähigkeiten, welche leider in unserer Spezialisten-Gesellschaft stark eingeschränkt bzw. vollständig unterdrückt wurden.

Unsere längsschnittorientierte Gesellschaft bringt in erster Linie Spezialisten hervor, welche die Verzahnung der einzelnen Geistes-säulen untereinander nicht bewältigen. Weitgreifende gesellschaftliche Bewußtseinsänderungen zeigen uns in der neueren Literatur

beispielhaft, welche menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten durch ein Spezialistenleben verlorengehen. Ich greife ein Beispiel aus der neueren Bewußtseinsforschung im medizinischen Bereich heraus. Seit längerem ist bekannt, daß das Gehirn sich aus einer rechten und linken Hemisphäre zusammensetzt, welche mit jeweils eigenen Funktionen in ständiger Wechselwirkung zueinanderstehen. Diese Funktionen sind anhand von Versuchsreihen und Analogieschlüssen untersucht worden. In der Regel kontrolliert die linke Hemisphäre die Sprache, sie analysiert, organisiert, beschäftigt sich mit der Vergangenheit und versucht sie einzuordnen. Die rechte Hemisphäre hingegen betrachtet das Ganze, bislang z.B. nur von wenigen Linien in der Realität angedeutet. Die rechte Gehirnhemisphäre komplettiert sie, macht aus wenigen Punkten ein ganzes Muster. Sie zielt auf die Synthese. Im Rahmen eines querschnittsorientierten Studienganges ist vor allem die Arbeit, das spielerische Funktionieren der rechten Gehirnhemisphäre unersetzlich. In der Praxis stellt sich immer wieder die Frage, kann diese wenig trainierte, wenig akzeptierte Seite unseres Gehirns, unsere Persönlichkeit diese dringenden Aufgaben noch übernehmen? Ist unsere vernachlässigte intuitive Fähigkeit noch in der Lage, echtes ökologisches Denken zu leisten, zwischen den Säulen unserer Gesellschaft, unserer Universität zu lesen?

Die Hauptsäulen der Landespflege sind Freiraumplanung im besiedelten Bereich, Landschaftsplanung und Technik. Sie sind im Rahmen dieses Studienfaches

relativ eng untereinander verbunden. Eine Verzahnung zu nach außen benachbarten Säulen, z.B. Hochbau, Landwirtschaft, Naturphilosophie zeichnet sich bisher nur andeutungsweise ab. Das ganzheitliche Denken, welches einen Grund zur Bildung der Gesamthochschule darstellte, bereitet uns noch allen Schwierigkeiten. Wenn ich die Vielfalt der Angebote unseres gesamten Vorlesungsverzeichnisses betrachte, kommt mir unwillkürlich eine Aussage des Verhaltensforschers Konrad Lorenz in den Sinn (Die instinktiven Grundlagen menschlicher Kultur, 1967): "Immer entsteht eine Einheit höherer Ordnung aus einer Mannigfaltigkeit von bereits vorhandenen Teilen und Gliedern, die dabei einander nicht ähnlicher, sondern meist sogar unähnlicher werden". Viele Denker haben dies bemerkt. Goethe definierte Entwicklung als Differenzierung der Teile im Zuge ihrer fortschreitenden Unterordnung unter das Ganze. Mit der größten poetischen Kraft hat es Teilhard de Chardin in dem einfachen Satz ausgedrückt: "Créer c'est unir".

Ist es denkbar, daß aus unserer Mannigfaltigkeit im Rahmen der interdisziplinären Tendenz Einheiten höherer Ordnung an unserer Gesamthochschule entstehen können?

Landespflege in regionaler Öffentlichkeit

Ich lehre in Höxter Freiraumplanung. Dies bedeutet z.B. Garten-, Park- und Stadtplatzplanung. Die Freiraumplanung findet weniger in Saale statt, sondern am

Objekt in der Öffentlichkeit. Planen bedeutet nicht nur Denken, Darstellen, sondern auch Umsetzen-, Durchsetzenkönnen. Die Arbeit in der Öffentlichkeit mit betroffenen Bürgern, Verwaltungen, Politikern ist un bequem, zeitraubend, aber erfolgreich. Beispiele waren in den letzten Jahren die Dörfer am Rande Höxters, Fürstenau und Brenkhausen ebenso wie Dörentrup bei Lemgo. Planungsobjekte waren vernachlässigte oder nicht anerkannte Objekte von Stadträten und Verwaltungen.

1. Beispiel Dörentrup

Wir wurden von der Gemeinde gebeten, doch das geplante, relativ karge Ortszentrum für 8 000 Bewohner etwas zu begrünen. Bei offiziell mit Verwaltung und Politikern angesetzten Orts terminen besahen wir uns mit 80 Teilnehmern die Gesamtsituation und stellten fest, daß die Dorfentwicklung nach dem vorliegenden, ein Jahr alten Bebauungsplan und unseren neuen Erkenntnissen sehr ungünstig verlaufen würde. Eine vorhandene Gemeindeverwaltung lag mitten in einer Folge größerer Parkplätze, beziehungslos zu einem noch nicht vorhandenen Sparkassengebäude und zu einer im Bau befindlichen Post. Weitere Einrichtungen zur Verdichtung eines solchen im Entstehen begriffenen Zentrums waren grundsätzlich nicht vorgesehen. Daraufhin änderten wir kurzfristig die Aufgabenstellung und entwickelten neue Bebauungs- und Gestaltungsvorschläge. Diese wurden der Gemeindeverwaltung und dem Rat vorgestellt, anerkannt und nach einem Jahr Bedenken gegen das bereits rechtskräftige Beispiel ausgetauscht.

Es stellt einen großen gesellschaftlichen Erfolg für uns ehemalige Gärtner, heutige Freiraum- und Landschaftsplaner dar, das langfristige Gesicht eines solchen Dorfzentrums, des Herzens einer Gemeinde von 8 000 Menschen bestimmen zu können. Auch Politiker und Verwaltungen haben hier gelernt.

2. Beispiel Brenkhausen

In der Gemeinde Brenkhausen, einem Teil der Stadt Höxter, lag eine ähnliche Situation vor. Die Stadtverwaltung Höxter bat uns um Bepflanzungsvorschläge eines ungegliederten, überdimensionierten Schützenplatzes bzw. Kirchplatzbereiches. Hier nahmen wir uns ebenfalls die Aufgaben grundsätzlich vor und entwickelten neue Bebauungs- und Gestaltungsvorschläge in der Hinsicht, daß der Schützenplatz in Zukunft aufgelöst und grundsätzlich in den Kirchnahbereich zur Bildung eines neuen Dorfzentrums verlegt werden sollte. Eine Bebauung für den ehemaligen Schützenplatz wurde ebenfalls entwickelt. Die durch aus historisch ausgerichtete Gemeindevertretung zögerte 1 1/2 Jahre, bevor sie diesen Gedanken aufgriff, um ihn heute weiterzuerfolgen. Die endgültige Ausführungsplanung des Kirchplatzes wird inzwischen nach diesen Vorschlägen fortgesetzt.

3. Beispiel Fürstenau

Es handelt sich um ein Dorf im Nahbereich Höxters. Eine Umgehungsstraße soll die durch den Ortsbereich führende B 239 ersetzen. Der Ortsbereich, im Kern bisher aus einer Kirche in Ver-

kehrinsellage bestehend, kann wieder zu einem Dorfzentrum werden. Die Planungen liefen in diesem Winterhalbjahr parallel zu Entwicklungen des Stadtplanungsamtes Höxter. Sie konnten bei einem Ortstermin im Februar noch derart mit dem unmittelbar bevorstehenden Bau des Schützenplatzes abgestimmt werden, daß längerfristige Entwicklungstendenzen, wie z.B. die Belebung des Dorfes mit ehemals vorhandenen Teichen und Wasserläufen sowie eine durchgehende Verkehrsberuhigung, nicht durch heutige Maßnahmen verbaut werden.

Im Zusammenhang dieser Arbeiten üben die Studenten den öffentlichen Auftritt, den sachlich begründeten, öffentlichen Widerspruch in der Diskussion mit Verwaltungs- und Ratsmitgliedern, und nicht zuletzt üben sie den öffentlichen Erfolg. Sie wachsen hoffentlich zu einer starken Minderheitsvertretung sowohl im Rahmen unserer Universität als auch besonders der Gesellschaft heran. Sind sie ein Stein des Anstoßes auf unserer Wohlstandsstraße?
(Fortsetzung folgt)

Anneliese Wolf

KOLLOQUIEN AN DER UNI-GH

Kaum noch Unterschiede zwischen Mensch und Maschine?

Mycin ist Arzt, Parry ist Paranoiker, und beide sind künstliche Intelligenzen

Paderborn (ghp). Vor den Augen des Engländers Freddy (Jahrgang 1960) zerlegt jemand ein Spielzeugauto und setzt es wieder zusammen. Freddy tut es ihm gleich. - "Der Patient hat 41 Grad Fieber. Er ist bereits seit sechs Wochen bei uns im Krankenhaus, und wir haben folgende Tests mit ihm gemacht ...," sagt der behandelnde Arzt. Mycin stellt die Diagnose und gibt genaue Therapieanweisungen. - Der Hamburger Hotelmanager HAM-RPM telefoniert mit einem Kunden. Detailliert erkundigt er sich nach den Wünschen des Gastes und bucht schließlich ein Zimmer. - Der Amerikaner Parry ist 28 Jahre alt, arbeitet als Verkäufer und hat sexuelle Probleme. Seit er bei einem Buchmacher verprügelt wurde,

glaubt er, daß die Mafia hinter ihm her ist. Nach einem langen psychotherapeutischen Gespräch mit Parry kommt ein Psychiater zu dem Schluß: "Ein Fall von hochgradigem Verfolgungswahnsinn."

Der Psychiater wußte nicht, daß er sich via Terminal mit einem Computerprogramm unterhalten hatte. Auch Freddy, Mycin und HAM-RPM sind wie Parry sogenannte "Künstliche Intelligenzen" (KI). Über sie war am Mittwochabend in der Uni-GH mehr zu erfahren. Prof. Dr. Jörg Siekmann aus Kaiserslautern machte dort im Rahmen des Universitäts-Kolloquiums "Mensch und Menschmaschine" auch dem letzten klar, daß beide nicht mehr allzu viel trennt. Siekmanns herausfordernde, wahrscheinlich

(oder hoffentlich?) nicht ganz so ernst gemeinte These: "Es gibt bei den kognitiven Fähigkeiten keine prinzipiellen Unterschiede zwischen einem Computer und einem Menschen."

Diese Feststellung wird laut Siekmann vielfach als genauso bedrohlich empfunden wie die, daß die Erde nicht Mittelpunkt der Welt ist wie vor 300 Jahren. Warum das so ist, und welche technologischen politischen und sozialen Folgen seine These in letzter Konsequenz hat, erläuterte der Referent nicht. Seine Zuhörer fragten nicht danach, konnten es sich aber mittels der eigenen "feuchten Hardware" ganz gut vorstellen. Denn: "The brain is a hallucinating machine" (Das Gehirn ist eine halluzinierende Maschine). Und gerade in dieser Beziehung hapert es bei der "trockenen Hardware" dann doch.

So sind ihr im Moment noch Grenzen (nicht nur) im Bereich der Sinneswahrnehmung gesetzt. Ein Computer kann nicht gut sehen. Das Kameraauge übermittelt ihm Grauwerte, die in Zahlen übersetzt werden müssen. Folge: Er erkennt nur Kanten und Linien. Diese nun zu einer Gestalt zusammenzufügen und z.B. als Stuhl zu identifizieren, bedarf es halluzinatorischer Fähigkeiten. Die sind aber bei unserem künstlichen Bruder nur wenig ausgeprägt. Hat er sie erst einmal voll entwickelt, wird er sich wie seine unvollkommenen, "feuchten" Verwandten Illusionen machen und täuschen - prognostiziert Jörg Siekmann.

Dieser beantwortete die von einem Zuhörer gestellte Frage "Würden Sie ein weibliches, hochintelligentes Computerwesen heiraten?" wider Erwarten nicht mit "Ja". Der Referent, der Spaß am

Provozieren hatte, räumte ein, daß ein Computer keine körperlichen Erfahrungen macht, nie umarmt, nie geliebt wurde, nicht in eine bestimmte lokale, soziale und zeitliche Situation hineingeboren und davon geprägt wurde wie ein Mensch. Siekmann: "Letztlich steht ein Computer immer im Keller."

Das was den KI-Experten an seinem Forschungsgebiet vor allem fasziniert: "Es

wird zum ersten Mal ein Begriffsapparat zur Verfügung gestellt, mit dem wir Intelligenz wirklich beschreiben und erklären können." Und: "Das metaphysische Puzzelspielchen vom Zusammenhang zwischen Geist und Materie ist weitgehend gelöst. Nur haben's die meisten Philosophen noch nicht gemerkt."

Waren die vielleicht zu sehr mit der Suche nach der Seele beschäftigt?

AVMZ AKTUELL

Computer Video-Produkte als Lehr- und Lernmittel

Paderborn/Stuttgart. Ende Februar fand in Stuttgart die Lehr- und Lernmittelmesse DIDACTA 85 statt. Ein Rundgang zeigte: Computer überall. Warum auch sollte ausgerechnet die Lehr- und Lernmittelbranche ohne Computer auskommen?

Und die "Teachware"?

Manchen Besucher mag das Ausgestellte an die Medienszene der frühen siebziger Jahre erinnern haben: neue, vielversprechende Geräte - und dennoch Ratlosigkeit. Hardware und Basis-Software, heißt es, seien da, es gehe nur noch darum, die richtige Teachware zu entwickeln. Wird es aber je dazu kommen? Wer soll die Sisyphus-Arbeit tun? Die scheinbar untergeordnete Aufgabe wird zum Kernproblem. Das gilt für den universitären Bereich noch mehr als für den schulischen und betrieblichen.

Man muß skeptisch sein und die Schwierigkeiten se-

hen, aber man darf sich nicht entmutigen lassen. Das "Alles oder Nichts"-Prinzip hilft nicht weiter. Angesichts der Unbefangenheit, mit der an den angelsächsischen Hochschulen die Medienparks um die neuen, intelligenten Medien erweitert werden, kann das Bemühen, sine ira et studio den Anschluß an diese Entwicklung zu halten, auf lange Sicht nicht falsch sein. An der Paderborner Hochschule trägt das Audiovisuelle Medienzentrum (AVMZ) im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten seinen Teil dazu bei.

Ein Beispiel

Ein Beispiel soll zeigen, wie man ein (am AVMZ hergestelltes) Computer-Video-Produkt als Lehr- und Lernmittel verwenden kann:

Im naturwissenschaftlich-technischen Bereich spielt die Fourier-Synthese eine große Rolle. Sie gestattet

es, eine beliebige Wellenform aus sinusförmigen Wellenformen durch Überlagerung aufzubauen. Dabei unterscheiden sich die zu überlagernden Bestandteile durch jeweils drei Bestimmungsgrößen: Wellenlänge, Amplitude und Phase. Die Wellenlänge wird, ausgehend von einer Grund-Wellenlänge, Schritt für Schritt verkürzt: auf die Hälfte, auf ein Drittel, auf ein Viertel usw. Amplitude und Phase jedes Bestandteils sind frei wählbar.

Man kann nun dem Lehrenden oder Lernenden anbieten, einen entsprechend programmierten Computer mit Farbbildschirm zur Durchführung eines Video-Experiments zu benutzen: über die Tastatur gibt der Benutzer die Amplitude und die Phase des jeweils nächsten Bestandteils ein, auf dem Farbbildschirm sieht er zunächst das sich verändernde Spektrum (Bild 1)

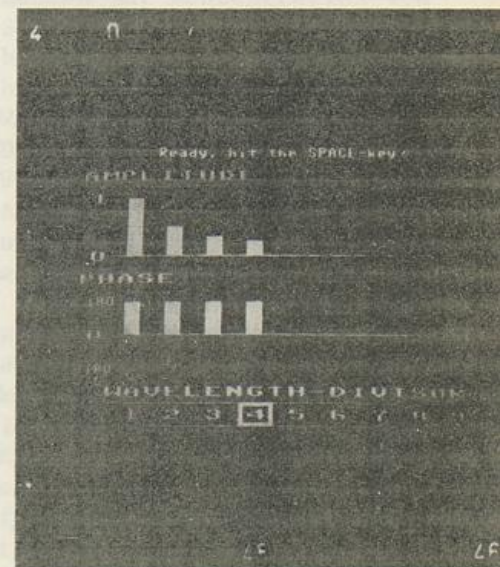


Schaubild 1

und dann die Überlagerung der bisher erreichten Wellenform und des neuen Bestandteils, gleichmäßig von links nach rechts ablaufend (Bild 2) zeigt eine Momentaufnahme). So fügt er Bestandteil nach Bestandteil hinzu, bis das Ergebnis genügend Ähnlichkeit mit der angestrebten Wellenform hat.

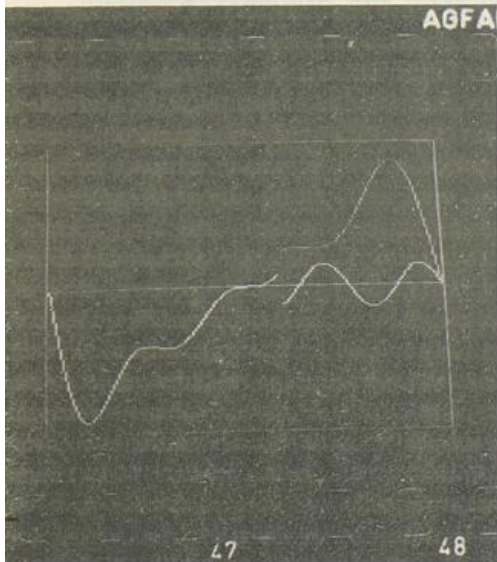


Schaubild 2

Das mag banal klingen, bedenkt man aber, wie oft das Begriffsgerüst der Fourier-Synthese in späteren Lehrinhalten wieder auftaucht, so kann man einsehen, daß am Anfang viel gewonnen ist, wenn der Lernende Begriffe wie Wellenlänge, Amplitude, Phase, Spektrum, Überlagerung und Konvergenz durch anschauliche Erfahrung besser versteht.

Einfache Simulationen

Video-Experimente sind im Grunde einfache Simulationen. Sie folgen dem Muster, das oft respektlos als "insert parameter, see result"-Prinzip bezeichnet wird: der Benutzer variiert die Bestimmungsgrößen und betrach-

tet, was dabei herauskommt. Dieses schlichte Prinzip hat für den Lernenden den Vorteil, daß es überschaubar und handlich ist und keine lange Vorbereitung erfordert.

Die meisten Video-Experimente kommen ebenso wie Video-Spiele mit preisgünstigen Großserien-Computern aus. Die verfügbaren Software-Werkzeuge erlauben auch heute schon leicht erlernbare, rasch, strukturierte Programmierung.

Geringer Aufwand

Damit ist ein entscheidend wichtiger Punkt angesprochen: die Frage des Aufwandes. Hätte man (wie andernorts schon geschehen) die Fourier-Synthese mit einem vergleichbaren Trickfilm, also einer konventionellen Video-Produktion, veranschaulichen wollen, hätte man die Produktionszeit nach Wochen bemessen müssen. So aber haben wenige Tage ausgereicht. Außerdem hätte ein Trickfilm dem Benutzer nicht die Möglichkeit des Experimentierens, also der Beeinflussung des anschaulich gemachten Systems bieten können. Ein weiterer Pluspunkt: Software für ein Video-Experiment läßt sich bei Bedarf jederzeit leicht ändern.

Außer Video-Experimenten gibt es noch andere Arten von computer-Video-Produkten. Allgemein gesprochen kann jedes Video-Produkt, das sich ausschließlich auf schematisierbare, hochreduzante Darstellungsformen stützt, in Zukunft schneller, billiger und flexibler hergestellt werden, wenn man statt konventioneller AV-Systeme geeignete Computer

samt ihren Datenträgern verwendet. Selbstverständlich wird dies niemals für das weite Feld der filmischen Wiedergabe von Szenen aus der realen Welt gelten.

Die Entwicklung ist im Fluß. Monat für Monat erhält man bessere Geräte für weniger Geld. Entscheidend aber sind die für eine Computer-Video-Produktion geeigneten Software-Werkzeuge: je vielseitiger sie sind, und je besser sie den modernen Software-Standards entsprechen, um so geringer wird der für gute Ergebnisse nötige Aufwand sein.

Das AVMZ wird die Software für Computer-Video-Produkte nur in Ausnahmefällen selber herstellen, schon darum, weil nur die jeweiligen Fachleute (seien es Lehrende, Helfer oder Studenten) den inhaltlichen Besonderheiten voll gerecht werden können.

AVMZ macht viele Angebote

- Was das AVMZ jedoch bieten kann:
- die Entwicklung verfolgen und auswerten,
 - Musterlösungen erarbeiten,
 - das nötige Know-how vermitteln,
 - bei der Produktion mit Rat und Tat helfen,
 - Arbeitsstationen für Autoren und Studenten bereitstellen.

Manfred Zindel

Unionsgeführte Bundesländer:

Massive Kritik an HRG-Novelle geübt

Bonn (dpa). Die unionsgeführten Bundesländer haben am 7. Februar im Bundesrat öffentlich massive Kritik an der von der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) vorgelegten Novelle des Hochschulrahmengesetzes geübt. Bei der ersten Lesung der Gesetzesänderung in der Länderkammer sprachen sie von einem unangemessenen Angriff in ihre Rechte als Landesgesetzgeber. Statt des versprochenen Freiraums für die Hochschulen regelte das neue Gesetz zu viel und ignorierte dabei sogar die Verfassungsvorgaben des Grundgesetzes. Die SPD-geführten Länder forderten die Bundesregierung auf, ihre Novellierungsabsicht fallen zu lassen.

Ohne auf die massive Kritik der unionsgeführten Länder einzugehen, verteidigte die Bundesbildungsministerin die Novelle als einen Schritt, die Weichen für das Hochschulsystem der 90er Jahre zu stellen.

Der Bundesrat billigte bei der Abstimmung zahlreiche Änderungsanträge, die von den Ländern über die Ausschüsse der Länderkammer eingebracht worden waren. So wurde die von der Bundesregierung gewünschte Stärkung des Wissenschaftsrates bei der Studienreform nicht akzeptiert. Bei den Diplomabschlüssen, die von einer Fachhochschule vergeben werden, soll nach den Vorstellungen der Mehrheit des Bundesrates künftig das Zeichen "(FH)" angefügt werden. Die von der Regierung angestrebte Regelung, daß von den

Hochschulen angeworbene Drittmittel nicht wieder mit anderen Mitteln im Hochschulhaushalt verrechnet werden dürfen, wurde von den Ländern abgelehnt. Durch eine solche Regelung werde die Haushaltshoheit der Länder eingeschränkt.

Ähnlich argumentierte die Länderkammer bei dem Ansinnen der Bundesregierung, den Hochschulen die Wahl der Form der Hochschulleitung künftig selbst zu überlassen. Auch hierbei sprachen die Ländervertreter in ihrer Mehrheit von einer unzulässigen Einflußnahme auf ihre Landesrechte.

Überraschend keine Mehrheit fand der Vorstoß einiger CDU-geführter Bundesländer, das Stimmgewicht der Professoren bei der Rektorewahl noch mehr zu verstärken. Mit den Stimmen der SPD-Länder unterstützte hierbei der Bundesrat den Entwurf der Bundesregierung.

Abgelehnt wurde in der Länderkammer das Ansinnen des Finanzausschusses, dem "Forschungsprofessor" künftig auch noch einen "Lehrprofessor" gegenüberzustellen. In diesem Punkt soll es bei der im Entwurf vorgesehenen Regelung bleiben. Die Ländervertreter sprachen sich gegen den Vorstoß der Bundesregierung aus, Berufsakademien nach dem Muster Baden-Württembergs durch eine bundesgesetzliche Regelung abzusichern.

Für die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen billigten auch die CDU-Länder Sonderregelungen für die Gewichtung von Stimmen in den Gremien, um damit den Charakter der integrierten Studiengänge nicht zu zerstören.

Ein „Verschiebespiel“?

29 Professoren klagen gegen ihre Versetzung

Köln/Bonn (dpa). Das Verwaltungsgericht in Köln hat eine Klage von 29 Professoren der Universität Bonn auf vorbeugende Unterlassung einer drohenden Versetzung abgewiesen. Die Klage sei nicht zulässig, weil den Hochschullehrern bislang noch die schriftliche Verfügung ihrer Versetzung durch den Wissenschaftsminister fehle, erläuterte ein Sprecher des Gerichts auf Anfrage.

Hintergrund der Auseinandersetzung, die in den nächsten Monaten noch weiter die Gerichte beschäftigen wird, bilden die in Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Maßnahmen zur Konzentration von Studiengängen im Lehrerbildungsbereich. Nach den bisherigen Vorstellungen des Wissenschaftsministeriums in Düsseldorf sind von einer Versetzung in Bonn 47, in Aachen 51, in Düsseldorf 11 und in Wuppertal 3 Professoren betroffen.

Die zu erwartenden Klagen gegen die Versetzungen finden auch mit Blick auf die künftige Hochschulentwicklung bundesweit Beachtung: Erwartet werden mögliche erste Hinweise, wie weit Professoren bei einem Studentenrückgang in den 90er Jahren und bei Strukturveränderungen im Hochschulbereich überhaupt versetzbar sind. Von den Klägern wird in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, ob es dann zu einem "Verschiebespiel" kommt, bei dem Professoren wie Figuren "auf dem Schachbrett hin- und hergeschoben werden" oder ob dem Staat

bei seiner Hochschulstrukturpolitik Grenzen auferlegt werden?

Unterstützt werden die klagenden Professoren von dem Rechtsanwalt Prof. Raimund Wimmer (Bonn). Der Jurist vertritt in einem Gutachten die Auffassung, daß die Versetzungen einen unzulässigen Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Wissenschaftsfreiheit darstellen. Ansonsten könne der Staat durch willkürliche Versetzungen das gesamte Wissenschaftsgefüge nach seinem Gutdünken stören oder beliebig ändern.

Die jetzt zur Versetzung anstehenden Professoren kommen alle aus den früheren Pädagogischen Hochschulen des Landes, die 1980 in die Universitäten integriert worden sind.

Hochschullehrermangel:

WRK fordert NC für den Studiengang Informatik

Bonn (dpa). Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) hat auf einer Sitzung Anfang Februar erneut ihre Forderung unterstrichen, den Studiengang Informatik durch einen vorübergehenden Numerus clausus zu schützen. Laut WRK-Präsident Prof. Theodor Berchem lag die Gesamtauslastung der Informatik-Fachbereiche/Fakultäten im vergangenen Wintersemester bei rund 184 Prozent. Rund 23 Prozent der Hochschullehrerstellen in der Informatik seien nicht planmäßig besetzt. Nur mit Schwierigkeiten seien dafür qualifizierte Bewerber zu finden. Für den Fall, daß die KMK einem NC nicht nachkommen wolle, droht die WRK mit rechtlichen Schritten. Berchem meinte dazu, Geld

allein reiche nicht, um den Aufbau dieses für die Zukunft der Gesellschaft so wichtigen Faches zu garantieren. Man brauche eine Pause von zwei bis drei Jahren, um für die Stellen auch qualifizierte Bewerber zu finden.

Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Daweke, warnte dagegen vor einer solchen Entscheidung. Das Fach Informatik zähle zu den wenigen Fächern, für deren Absolventen auch heute gute Berufsaussichten bestünden.

Berlin folgt Fiebiger-Plan

90 Professorenstellen

Berlin (dpa). Berlin will in den nächsten fünf Jahren den sogenannten "Fiebiger Plan" verwirklichen und insgesamt 90 zusätzliche Professorenstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs einrichten. Es folgt damit nach Bayern und Baden-Württemberg dem Memorandum der Wissenschaftsorganisationen in der Bundesrepublik. Die Ausschreibungen sollen überregional erfolgen, da die Verwirklichung des "Fiebiger Planes" in Berlin kein "Landeskindeprogramm" sein soll, teilte Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig mit.

TU Berlin:

Bald „Institut für Friedensforschung“?

Berlin (dpa). Die Technische Universität Berlin (TU) soll ein eigenes Institut für Friedensforschung erhalten, um die "Sozialverpflichtung" der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forscher stärker zu betonen.

Eine entsprechende Empfehlung sprach jetzt eine Kommission aus. Die Kommission habe sich auch über einen Namen für das Friedensforschungsinstitut Gedanken gemacht und sich einstimmig für den Namen Albert Einsteins entschieden, sagte ihr Vorsitzender, der im Fachbereich Landschaftsplanung arbeitende Umweltökonom Knut Krusewitz.

Als Beispiele für mögliche Forschungsaktivitäten nannte Krusewitz die Frage, welchen Beitrag Wissenschaft bisher zur "Destabilisierung von Friedenspolitik" geleistet habe, welche technischen Überwachungsmöglichkeiten es bei Rüstungskontrollvereinbarungen gebe und wie globale Schäden in Form von "Klimakatastrophen" nach einem Atomkrieg vermieden werden könnten. Die Abgrenzung zu anderen Einrichtungen der Friedensforschung im Bundesgebiet liege in deren sozialwissenschaftlichen Ausrichtung, sagte Krusewitz. Die TU als technische Hochschule sei gerade in Berlin aufgerufen, eine natur- und ingenieurwissenschaftlich betonte Friedensforschung zu betreiben. Wissenschaft müsse so entwickelt werden, daß die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Forschens zu Ende gedacht werden.

Die Kommission bezieht sich bei ihrer Arbeit auf das "wieder ausgegrabene" Gründungsdokument der TU aus dem Jahre 1946, in dem - vermutlich einmalig für eine deutsche Hochschule - ausdrücklich Militärforschung verboten wurde.

Senat der Uni Hamburg:

„Überrepräsentation von Männern abbauen?“

Hamburg (dpa). Frauen, die sich um Professuren oder Stellen als wissenschaftliche Mitarbeiter bewerben, sollen in Zukunft an der Hamburger Universität begünstigt werden. Eine jetzt vom Akademischen Senat verabschiedete Richtlinie hat zum Ziel, den Anteil des weiblichen Lehrpersonals der Hochschule zu erhöhen.

Bei gleicher Qualifikation wie die ihrer männlichen Konkurrenten sollen die Bewerbungen von Frauen so berücksichtigt werden, "daß die Überrepräsentation von Männern abgebaut wird", heißt es in der Senatsentscheidung.

Anlaß für die neue Richtlinie sind die auffallend unterschiedlichen Zahlen zwischen weiblichen Studentinnen und wissenschaftlichen Lehrkräften gleichen Geschlechts: Während 1984 schon 45 Prozent der Eingeschriebenen an Hamburgs Universität Frauen waren, sind im Lehrpersonal nur fünf Prozent (Stand 1982) weiblichen Geschlechts.

An dieser Entwicklung sei auch ein Mangel an qualifizierten Bewerberinnen um die Professorenstellen schuld, heißt es weiter. Kann eine Professur nicht mit einer besetzt werden, weil eine geeignete Bewerberin fehlt, so soll zumindest die nächste freiwerdende Hochschulassistentenstelle mit einer qualifizierten Bewerberin besetzt werden.

Die Vizepräsidentin der Universität, Prof. Heide M. Pfarr: "Den Studierenden muß die Wissenschaftlerin in der

Rolle als Lehrende gegenüber übertreten. Kollegen müssen sie als Lehrende und Forschende erleben".

Gleichberechtigung?

Studentinnenzahl sinkt

Bonn (dpa). Auf den noch erheblichen Nachholbedarf im Hinblick auf Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Mädchen und Frauen gerade auch im Hochschulbereich wies der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Friedrich Neuhäuser, hin. Er bezog sich dabei auf eine Regierungsantwort zu einer Koalitionsfrage, wonach der Anteil von Studentinnen nach einem Anstieg in den früheren Jahren inzwischen wieder von 40,4 Prozent (1982) auf 37,8 Prozent (1983) zurückgegangen sei. Unter der Professorenenschaft gibt es lediglich 5,1 Prozent Frauen. Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern beträgt der Anteil 13,9 Prozent.

Hochschullehrer/innen:

Hessisches Frauenforum fordert Quotenregelung

Frankfurt (dpa). Eine Quotenregelung nach Geschlecht bei der Einstellung von Hochschullehrern hat das Hessische Frauenforum gefordert.

Das Hessische Frauenforum, ein Zusammenschluß von Frauen unter anderem aus Medien, der Wissenschaft, Wirtschaft und Kirchen, kritisierte, daß derzeit der Anteil der Frauen an den Professoren in der Bundesrepublik nur 5,2 Prozent betrage. Während die Zahl der männlichen Professoren von 1980 bis 1982 an den Univer-

sitäten um 368 angewachsen sei, habe im selben Zeitraum die Zahl der Professorinnen um 17 abgenommen.

Das Hessische Frauenforum kritisiert darüber hinaus, die Wissenschaft in der Bundesrepublik berücksichtige kaum Erkenntnisse und Erfahrungen von Frauen.

In Münster:

IHK und Uni wollen ein Institut gründen

Münster (upm). Die Gründung eines Instituts für Angewandte Informatik an der Universität Münster, das von der Wirtschaft getragen und finanziert wird, haben die Industrie- und Handelskammer zu Münster (IHK) und die Westfälische Wilhelms-Universität beschlossen. Wie IHK-Präsident Hans Günter Borgmann und Universitätsrektor Prof. Dr. Wilfried Schlüter auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am Mittwoch, 13.2.1984, in Münster hervorhoben, soll das Institut dem Forschungstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft dienen.

Das Institut für Angewandte Informatik an der Universität Münster wird finanziert und getragen von einem Förderkreis, an dem die IHK maßgeblich beteiligt ist. Drei wissenschaftliche Disziplinen sollen eng zusammenarbeiten: Wirtschaftswissenschaften, Angewandte Mathematik und das Universitäts-Rechenzentrum. Wie Borgmann ausführte, sollen Fragestellungen und Probleme aus der wirtschaftlichen Praxis aufgegriffen werden. "Schwerpunkt des Instituts ist dabei die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie die Anwendung wissenschaftlicher

Erkenntnisse in der Praxis." Wie Rektor Prof. Schlüter berichtete, haben die zuständigen Gremien der Universität - Rektorat, Senat und die beteiligten Fachbereiche Mathematik und Wirtschaftswissenschaften - dem Gründungsvorhaben ihre Zustimmung erteilt. Die Universität gehe davon aus, daß das neue Institut "nicht als einseitige, bedingungslose Serviceleistung der Universität" zu verstehen sei. "Durch Aufnahme von praxisnahen Fragestellungen und Problemen grundsätzlicher Art wird auch die Wissenschaft von dieser Einrichtung profitieren", erklärte Prof. Schlüter.

RCDS-Aktion „Prüf den Prof“

Schlechte Noten für Hochschul-„Lehrer“

Bonn (dpa). Die meisten Hochschullehrer sind nach Ansicht des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) nicht in der Lage, ihren Lehrstoff praxisgerecht zu vermitteln. Das ist das Ergebnis einer Fragebogenaktion unter dem Motto "Prüf den Prof", mit der die Studentenorganisation Leistungen und Qualität von Hochschullehrern an 23 Universitäten untersuchen ließ.

Wie der RCDS-Vorsitzende Christoph Erbel in Bonn mitteilte, haben die Hochschullehrer für ihre pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten nur die Gesamtnote ausreichend erhalten.

Nur rund ein Viertel aller Dozenten nimmt laut Erbel an Weiterbildungskursen für die Hochschuldidaktik teil. Da die Definition der Lehrbefähigung als "ausschließlich wissenschaft-

liche" und nicht didaktische Qualifikation überholt sei, erscheine eine Weiterbildungspflicht in didaktischer und pädagogischer Hinsicht zwingend erforderlich.

Die WRK wies auf den nicht repräsentativen Charakter der Aktion hin, "die lediglich eine Sammlung von Impressionen" darstelle. Diese "unwissenschaftliche Vorgehensweise" sei nicht dazu angetan, "das Ziel eines Dialoges zwischen Lehrenden und Lernenden zu erreichen."

Der RCDS hat insgesamt rund 25 000 Fragebögen ausgewertet.

Ingenieurausbildung:

Zu viel Spezialwissen und zu wenig Ethik?

Darmstadt (dpa). Für eine breitere fachübergreifende Ausbildung von Ingenieurstudenten haben sich in Darmstadt Vertreter von Ingenieurverbänden, Gewerkschaften und Hochschulen ausgesprochen. Über den Inhalt dieser Ergänzung vom technisch-wissenschaftlichen Fachstudium bestand jedoch beim Abschluß einer zweitägigen Tagung der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) keine Einigkeit. Während die Gewerkschafter für eine verstärkte gesellschaftswissenschaftliche Wissensaneignung eintraten, sprachen sich Hochschulangehörige und Ingenieure für allgemeine geisteswissenschaftliche oder juristische Zusätze aus. Alle Teilnehmer kritisierten jedoch die gegenwärtige Überfrachtung des Studiums mit Spezialwissen.

Vor allem die sozialen Folgen technischer Neuerungen werden in der bisherigen

Studienpraxis nach Ansicht von Wolfgang Henseler, Mitglied der Vorstandsverwaltung der IG Metall, zu wenig berücksichtigt.

Der Geschäftsführer der Hauptgruppe des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Franz Josef Schlösser, trat für eine geisteswissenschaftliche Erweiterung der Studieninhalte ein. Die Berufsethik der Ingenieure allein reiche zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht aus.

Daß Ingenieure in der Regel die praktischen Folgen ihres Tuns abschätzen, bestritt der Ingenieur Karl Heinz Gallinn. Oft sähen sie nicht einmal voraus, daß die von ihnen erfolgte "perfektionistische" Weiterentwicklung eines bestimmten Projektes am Ende sie selbst überflüssig mache.

Der Präsident der Technischen Universität Berlin, Jürgen Starnick, regte an, daß die Studenten rund zehn Prozent ihres Studiums einem selbstgewählten nicht-technischen Gebiet widmen könnten. Starnick forderte außerdem eine zweistufige Ingenieurausbildung an den Hochschulen, wobei die zweite Stufe den wissenschaftlich orientierten Studenten vorbehalten sein solle.

Neues Gesetz

Beamte können ihre Arbeitszeit verringern

Paderborn (ghp). Am 1. Januar 1985 ist das Vierte Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften in Kraft getreten, das in einem geänderten § 78 b des Landesbeamtengesetzes erweiterte Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung und Urlaub aus arbeitsmarktpolitischen

Gründen vorsieht.

Demnach können Beamte für die Dauer von höchstens zehn Jahren auf Antrag ihre Arbeitszeit bis auf die Hälfte verringern. Voraussetzung für diese Teilzeitarbeit ist allerdings, daß in dem entsprechenden Arbeitsbereich ein "dringendes öffentliches Interesse daran besteht, Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen".

Zudem können Beamte nach einer Vollzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst von mindestens zwanzig Jahren und nach Vollendung des 55. Lebensjahres für die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes Urlaub ohne Dienstbezüge auf Antrag bewilligt bekommen.

Die Anträge können bis zum 31.12.1990 eingereicht werden. Ihnen darf jedoch nur entsprochen werden, so hält der neu § 78 fest, wenn der Beamte erklärt, während der Dauer des Bewilligungszeitraumes auf die Ausübung genehmigungspflichtiger Nebentätigkeiten zu verzichten. Ausnahmen sind allerdings zulässig.

Eine Änderung des Teilzeitarbeitsverhältnisses bzw. eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung ist nach der Bewilligung des Antrags nur dann möglich, wenn der Dienstvorgesetzte ausdrücklich zustimmt.

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen des Arbeitsmarktes eine Ausnahmesituation im Sinne der genannten Vorschrift als arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit allgemein gegeben sei. An die Dienstvorgesetzten richtet die Landesregierung die Erwartung, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß die Vorschrift im "größtmöglichen Umfang wirksam werden kann". Eine

flexible Handhabung der Personalwirtschaft zur Einstellung einer hohen Zahl von Ersatzkräften soll dazu beitragen.

PERSONALIEN

Mit Wirkung vom 1. April wird Prof. Dr. Bernhard Lang zum C 4-Professor für das Fach Katholische Theologie ernannt. Er vertritt insbesondere das Gebiet Altes Testament.

Lang studierte in Münster Theologie. Er war Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes. Nach seiner Kirchlichen Abschlußprüfung 1970 in Tübingen studierte Lang an der Ecole biblique in Jerusalem. Drei Jahre arbeitete er als Seelsorger in Reutlingen. 1973 wurde er in der Diözese Rotenburg zum Priester ordiniert. Zwei Jahre später promovierte Lang zum Dr. theol. in Tübingen mit einer Arbeit über die Sprichwörter. Es schloß sich ein Studium der Semitistik am College de France in Paris an.

Lang habilitierte sich 1977 in Freiburg für das Fach "Alttestamentliche Exegese und Theologie" mit einer Arbeit über Ezechiel. Im gleichen Jahr übernahm er eine Professur für Altes Testament und Frühjudentum an der Uni Tübingen und wurde Leiter der bibliographischen Arbeitsstelle "Internationale Zeitschriftenschau für Bibelwissenschaft". In Mainz wurde Lang 1982 zum

ordentlichen Professor für Altes Testament am Fachbereich Katholische Theologie der Johannes-Gutenberg-Universität ernannt.

Dr. Friedrich Meier ist zum Professor (C 2) für das Fach Technische Mechanik ernannt worden. Er hat seine Arbeit zum 1. März am Fachbereich Maschinentechnik in Soest aufgenommen.

Meier promovierte 1981 an der Technischen Universität Braunschweig. Hier hatte er Maschinenbau studiert mit dem Schwerpunkt Technische Mechanik. Zwei Jahre lang arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt am Institut für Strukturmechanik in Braunschweig. Daran schloß sich die Tätigkeit als Mitarbeiter am Institut für Statik der TU Braunschweig an. Arbeitsgebiete waren hier u.a. die Parameterstudie zum Tragverhalten von Platten sowie die Entwicklung und Erprobung eines Rechenprogramms zur Ermittlung der Versagenslasten ausgesteifter Platten.

Seit Anfang des Jahres 1981 arbeitete Meier als Sachverständiger beim Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungsverein in Essen im Fachbereich Festigkeit. Im Wintersemester 1983/84 erhielt er einen Lehrauftrag für das Fach Festigkeitslehre an der FH Bielefeld.

Gewindebohrereinheit und Vielwellenreaktor

Uni-GH zeigt zwei Exponate auf Hannover-Messe

Paderborn (ghp). Mit zwei Exponaten ist die Universität-Gesamthochschule-Paderborn auf der diesjährigen Hannover-Messe vertreten. Prof. Dipl.-Ing. Hans-Georg Hartkamp von der Abteilung Soest der Hochschule wird eine Gewindebohrereinheit vorstellen; Prof. Dr. Manfred Pahl zusammen mit Rudolf P. Fritsch vom VDI einen Vielwellenreaktor.

Die Gewindebohrereinheit von Prof. Hartkamp stellt ein integriertes System zur Fehlererkennung und Fehlervermeidung dar. Das System beinhaltet folgende Komponenten: Schnittmomentüberwachung, schnell reagierendes Antriebssystem und Vorschubsteuerung.

Mit der Schnittmomentüberwachung wird jede Art von Bohrerüberlastung erkannt und der Steuerung mitgeteilt. Durch das Reservieren der Drehrichtung wird ein Werkzeugbruch vermieden. Der schnell reagierende Antrieb mit dem massearmen Hydraulikmotor und schnell ansprechenden Regelventil soll eine Reaktion auch auf Schnittmomentänderungen im Millisekundenbereich sowie exaktes Anfahren von Sollwerten ermöglichen. Die gewählte Art der Vorschubsteuerung garantiert steigungsgenaueres Gewindebohren unabhängig von der eingestellten Schnittgeschwindigkeit ohne den sonst unumgänglichen Längenausgleich.

Zur Ausstellung wird ein Informations- und Lehrfilm zur Technologie des Gewindebohrens gezeigt. Der Film greift zunächst den Stand der Technik bei der spanenden Herstellung von Innengewinden auf. Die Fehlerquellen werden erläutert und der Einfluß der Randbedingungen verdeutlicht. Die Originalverfilmung von Bohrversuchen im Labor für Werkzeugmaschinen und Fertigungsverfahren des Fachbereiches Maschinentechnik Soest zeigt das Potential von Verbesserungsmöglichkeiten sowohl hinsichtlich Werkzeugverschleiß als auch Gewindequalität.

Der Vielwellenreaktor ist ein kontinuierlicher Hochleistungsmischer für hochviskose Medien mit einstellbarer Verweilzeit und engem Verweilspektrum. Die sich selbst abstreifende Wärmeaustauscheroberfläche wird aus Mischorganen gebildet, die das Verarbeitungsgut zu dünnen Schichten ausbreiten und deshalb komplizierteste Stoffaustauschvorgänge erlauben, die mittels Mikroprozessor steuerbar sind.

Das angebotene Oberflächen-Volumenverhältnis wird von keinem bisher bekannten Mischer erreicht.

Der definierte Stofftransport während der Mischphase in einer definierten Temperaturumgebung erlaubt allerhöchste Qualitätsforderungen an das erzeugte

Endprodukt. Die Mischprozesse können bei Temperaturen bis zu 400°C unter Anwesenheit von Druckgas oder Hochvakuum erfolgen, zumal sich die dünnen Schichten des Verarbeitungsgutes für Be- und Entgasungsvorgänge besonders eignen.

Die im Austrag des Reaktors eingebauten Zwangstransportorgane erlauben eine kontinuierliche Selbstentleerung aus der Druckkammer des Mixers, unabhängig von den Viskositäten des Verarbeitungsgutes.

Der Vielwellenreaktor kann auf den Gebieten Polymerchemie, Industriechemikalien, Lebensmitteltechnologie, Mikrobiologie und Pharmazie angewandt werden.

Von Stiftung Volkswagenwerk:

200 000 Mark für ein Paderborner Projekt

Paderborn (ghp). Die Stiftung Volkswagenwerk hat zur Erarbeitung von Prozeßmodellen für zerspanende und umformende Fertigungsverfahren einen Forschungsschwerpunkt eingerichtet. Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunkts wird seit Anfang des Jahres ein Projekt des Paderborner Hochschulprofessors Dr.-Ing. Fritz Dohmann vom Fachbereich Maschinentechnik I gefördert. Das Projekt heißt "Prozeßmodell für das Abstreckgleitziehen rohrförmiger Werkstücke mit achsensymmetrischen Nebenformelementen", es wird mindestens zwei Jahre lang gefördert. 200 000 Mark stellt die Stiftung Volkswagenwerk zur Verfügung.

Die Erzeugung von Konsum- und Investitionsgütern wird in zunehmend stärkerem Maße durch die Anwendung der Mikroelektronik auf die Produktionsprozesse beeinflusst. So gehört die rechnergestützte Konstruktion von Produkten und Betriebsmitteln ebenso wie die Automatisierung von Fertigungsabläufen in vielen Industriebetrieben zum Stand der Technik. Heute stellt sich die Aufgabe, den technologischen Fertigungsvorgang selbst durch den Rechner nachzubilden, zu optimieren und überwachen zu lassen. Voraussetzung hierfür ist die Erstellung sogenannter Prozeßmodelle, durch die der Fertigungsvorgang simuliert wird. Zur Erstellung eines solchen Modells werden alle den Fertigungsvorgang bestimmenden Ursache-Wirkungsbeziehungen zwischen den Prozeßparametern und dem Fertigungsergebnis analysiert, mathematisch formuliert und miteinander verkettet. Damit ist es möglich, den Fertigungsvorgang durch systematische Parametervariation zu optimieren. Darüber hinaus lassen sich während der Fertigung gemessene Vorgangskennwerte mit Modellwerten vergleichen und eine ggfl. auftretende Abweichung für einen korrigierenden Eingriff in den Prozeß nutzen.

Mit dem vorliegenden Projekt soll ein in der Halbzugherstellung häufig eingesetztes Umformverfahren im Hinblick auf eine Prozeßmodellbildung untersucht werden. In einer Zeit zunehmender Energie- und Rohstoffverknappung kommt den Umformverfahren allgemein wegen ihrer guten Werkstoffausnutzung, ihrer hohen Produktivität und ihres vergleichsweise niedrigen Energieverbrauchs zunehmende

wirtschaftliche Bedeutung zu. Durch Ziehen rohrförmiger Werkstücke mit achsensymmetrischen Nebenformelementen werden unter den Bedingungen optimaler Wirtschaftlichkeit und Qualität z.B. Flossenrohre zum Bau von Kesseln für Wärmekraftwerke, längsverrippte Rohre für den Wärmeaustauscherbau, Spezialprofile für den Reaktorbau usw. hergestellt. Die Werkstoffbewegungen bei der Formgebung dieser Werkstücke und damit auch die Werkzeugbelastungen, die erforderliche Umformkraft und Qualität des Umformergebnisses hängen in starkem Maße ab von der Geometrie der Werkzeuge, der Fließspannung des Werkstoffes und den Reibbedingungen zwischen Werkstück

und Werkzeug. Wesentlicher Schwerpunkt der Arbeiten ist die mathematische Beschreibung dieser Ursache-Wirkungsbeziehungen; sie sind gewissermaßen die Bauteile des zu erstellenden Prozeßmodells. In der vorliegenden Form wird das Prozeßmodell zunächst in den der Fertigung vorgelagerten Bereichen eingesetzt werden können. Hier geht es bei einer neuen Fertigungsaufgabe um die Fragen, welche Mindestanzahl von Umformstufen vorzusehen, mit welchem Werkzeugbelastungen und Umformkräften zu rechnen ist, wie die Werkzeuge auszuwählen sind und die Umformmaschine ausgewählt werden muß und welches Fertigungsergebnis schlußendlich erwartet werden kann.

In der Grundordnung verankert

Mittelbau nimmt durch eigenes Gremium seine Interessen wahr

Paderborn (ghp). In der letzten Ausgabe der "Hausmitteilungen" (Nr. 10 vom 1.2.85) wurde aus einem Papier der Landesassistentenkonferenz zu dem Problem der Vertretung des Mittelbaus an den einzelnen Hochschulen zitiert. Hier soll nun berichtet werden, wie sich der Mittelbau an dieser Hochschule organisiert hat.

Die Vertretung des Mittelbaus in ihrer heutigen Form gibt es seit 1983, seit Inkrafttreten der neuen Grundordnung. Sie ging aus der "Vereinigung der wissenschaftlichen Mitarbeiter" hervor, die in den Anfangsjahren der Gesamthochschule entstanden war.

In den drei Jahren (1980-1983), in denen der Kovent die neue Grundordnung erar-

beitete, wirkten wissenschaftliche Mitarbeiter engagiert mit, damit auch die Interessen des Mittelbaus, wie angemessene Mitsprachemöglichkeiten, in der Grundordnung Berücksichtigung finden. Als Ziel war auch die Einrichtung einer offiziellen Mittelbauvertretung gesteckt, die eine Eigenständigkeit der hochschulpolitischen Interessen des Mittelbaus rechtlich abgesichert hatte, während der wissenschaftliche Personalrat die personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Aufgabe hat.

Vom Konvent waren folgende Punkte vorgesehen:

- die Vertretung aller wissenschaftlichen Mitarbeiter, Assistenten, Lehrkräfte für

besondere Aufgaben und der wissenschaftlichen Hilfskräfte,
- die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Arbeit einer solchen Vertretung durch die Hochschule,
- die Genehmigung der Satzung durch den Senat.

Was dann schließlich vom Minister für Wissenschaft und Forschung genehmigt wurde, war eine eher unverbindliche Formulierung in § 38 der Grundordnung ("Vertretung des Mittelbaus"). Es konnte aber erreicht werden, daß die wissenschaftlichen Hilfskräfte, die sonst laut Hochschulgesetz mitgliederschaftsrechtlich unter den Tisch fallen, in diesem Paragraphen Berücksichtigung fanden.

In der Zwischenzeit sind in Grundordnungen anderer Hochschulen sehr viel weitergehende Formulierungen genehmigt worden, z.B. in Aachen, wo alle Gruppen jeweils eine Gruppenvertretung mit in der Grundordnung verankerten Kompetenzen haben.

Nach ihrer Satzung hat die Mittelbauvertretung in Paderborn folgende Organe:

Vollversammlung, Vertreterversammlung und Vorstand. Die Vertreterversammlung, das beschlußfassende Gremium, besteht aus gewählten Vertretern der Fachbereiche und der zentralen Einrichtungen und den vier Mittelbauvertretern im Senat. Die Einbindung der Senatsvertreter in die Gesamtvertretung ermöglicht den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Senatsmitgliedern und dem übrigen Mittelbau, also die Rückkopplung zur 'Basis', welche bei Gremienvertretern in den ständigen Kommissionen noch zu verstärken ist.

Zwischen den Senatsmitgliedern und der Vertretung des Mittelbaus funktioniert diese Kommunikation im Moment recht gut. Bei der letzten Wahl zum Senat gab es eine gemeinsame Mittelbauliste, um auch nach außen zu demonstrieren, daß man hier den gesamten Mittelbau vertreten will und nicht einzelne Fachbereiche oder einzelne Gruppen. Die Senatssitzungen werden gemeinsam mit dem Mittelbauvorstand vorbereitet. In den Vertreterver-

sammlungen und den Vollversammlungen berichten die Vertreter im Senat und in den Kommissionen über die aktuellen hochschulpolitischen Entwicklungen, die gegenwärtig von der Novelisierung des HRG dominiert sind. Es werden auch spezielle Probleme aus einzelnen Fachbereichen aufgegriffen, diskutiert und gegebenenfalls in die zentralen Hochschulgremien eingebracht.

Weitere Aufgaben der Vertreterversammlung sind Vorschläge von Kandidaten für die ständigen Kommissionen, die Wahl der Delegierten zur Landesassistentenkonferenz und Stellungnahme zu hochschulpolitischen Problemen.

Diese Arbeit hängt natürlich sehr stark vom Engagement Einzelner ab; ein Engagement, das viele nicht aufbringen wollen oder können, sei es, daß sie unter zeitlichem Druck bei ihrer wissenschaftlichen Weiterqualifikation stehen, sei es, daß sie als Dauerbeschäftigte glauben, ihre Schäfchen im Trockenen zu haben.

Katharina von Bremen,
Thomas Hangleiter

Gemeinsames Projekt von Uni-GH und DHB

Zusätzliche Qualifikation für Hauswirtschaftsmeisterinnen

Paderborn (ghp). Der Deutsche Hausfrauen-Bund (DHB) führt zusammen mit den Haushaltswissenschaftlern der Uni-GH ein Projekt durch, das Hauswirtschaftsmeisterinnen eine zusätzliche pädagogische Qualifikation anbietet.

Der vom Bundesminister für Jugend, Familie und Ge-

sundheit finanziell unterstützte Modellehrgang richtet sich an all diejenigen Frauen, die in den letzten Jahren eine zweijährige Ausbildung in allen hauswirtschaftlichen Bereichen mit dem Abschluß 'Meisterin der städtischen Hauswirtschaft' abgelegt haben und die nun eine außerhäusliche Erwerbs-

tätigkeit anstreben. Etwa in Familienbildungsstätten, in Volkshochschulen oder Behindertenwerkstätten.

Allerdings verlangen diese Institutionen in der Regel von den Mitarbeitern den Nachweis pädagogischer Grundkenntnisse. So entstand das Projekt an der Hochschule. Unter der Leitung der Haushaltswissenschaftler Dr. Barbara Fegebank und Prof. Dr. Lothar Schneider lassen sich zur Zeit 25 Frauen vier Wochen lang weiterbilden. Unterrichtsplanung steht auf dem Programm, aktivierende Unterrichtsmethoden werden erörtert, Unterrichtsentwürfe werden erarbeitet und

vorgestellt. Das Theorie-Praxis-Verhältnis im Hauswirtschaftsunterricht soll erläutert werden. Die Veranstaltung ist in vier Seminare von jeweils einer Woche gegliedert. In der sogenannten Projektwoche, dem dritten Seminar, haben die Kurs Teilnehmerinnen sich u.a. eingehend und vor Ort mit außerschulischen Ernährungsgewohnheiten von Schülern befaßt, mit dem Umweltschutz

im Haushalt und mit den Problemen, die sich beim Kauf einer Eigentumswohnung stellen können. Die Arbeitsatmosphäre im Seminar und die Motivation der Hauswirtschaftlerinnen hebt die Projektleitung als ausgezeichnet hervor.

Die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Modellehrgang werden demnächst in einem Handbuch des DHB auf Bundesebene erscheinen.

stand unter einem besonderen Motto, wie nämlich die Zusammenarbeit mit den Fächern Technik und Wirtschaft angegangen werden könnte und um dem Auftrag gerecht zu werden, den Schülern eine 'Arbeitslehre' zu vermitteln.

Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation sollten ausgelotet werden. Prof. Dr. Lothar Schneider, Haushaltswissenschaftler an der Uni-GH, über die Tagung: "Es war ein erster und erfolgreicher Versuch, Vertreter aller drei Fächer an einen Tisch zu bringen. Berührungspunkte kamen gar nicht erst auf. Der Versuch soll wiederholt werden."

Feststellen konnten die Tagungsteilnehmer Gemeinsamkeiten zwischen ihren Spezialfächern bezüglich der Inhalte, der Methoden und der Ziele.

Unmittelbarer Anlaß für die Initiative der Fachgruppe, den Lernbereich Arbeitslehre an den Schulen kooperativ bzw. interdisziplinär (weiter-) zu entwickeln, war die Empfehlung der Kultusministerkonferenz, eine entsprechende Kommission einzusetzen. Ziel: mit Blick auf das Jahr 2000 ein Konzept 'Arbeitslehre' für die gesamte Sekundarstufe I zu erarbeiten.

Die Arbeitslehre soll den Schüler zur Arbeits- und Wirtschaftswelt hinführen, ihm soll vermittelt werden, daß sich Erwerbsarbeit und Hausarbeit ergänzen, und daß beide eine besondere Qualifikation erfordern, die nicht nur von Frauen erworben werden sollte. Technische, ökonomische und soziale Dimensionen der Hausarbeit sollen erschlossen werden. Arbeitsabläufe müssen erklärt werden. Vornehmlich drei Ziele habe die Arbeitslehre umzusetzen, erklärte die Vorsitzende der Fach-



Arbeitsatmosphäre und Arbeitsergebnisse stimmten: Lehrgangsteilnehmerinnen bei der Diskussion.

„Hausarbeit ist Arbeit!“ - Aber: „Hausarbeit ist anders“

Paderborn (ghp). Ist Hausarbeit Arbeit? Hausarbeit ist Arbeit! Aber: Hausarbeit ist anders. Dr. Irmhild Kettschau von der Universität Dortmund referierte auf der Jahrestagung der Fachgruppe Haushaltswissenschaft und Didaktik in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin an der Uni-GH Paderborn Grundsätzliches zur Arbeit im eigenen Haushalt. Einer Arbeit, die immer noch fast ausschließlich von Frauen verrichtet wird. Hausarbeit unterscheidet sich, so Frau Kettschau von der gängigen Erwerbsarbeit unter anderem dadurch, daß hier keine Freizeit, kein Urlaub vorgesehen ist: die Frauen haben sich 24 Stunden am Tag bereit zu halten, können keine Urlaubsansprü-

che geltend machen. Und weiter: Hausarbeit würde dadurch abqualifiziert, daß ihr vorgehalten würde, nicht professionell durchgeführt zu werden, unqualifiziert zu sein. Hausarbeit sei jedoch, erklärte Dr. Kettschau, gleichwohl harte Arbeit in vielen Bereichen des familiären Zusammenlebens. Hausfrauen hätten nicht nur konkrete Arbeit wie Kochen, Waschen und Einkaufen zu erledigen, sie müßten auch ständig Beziehungsarbeit in der Familie leisten. Die Haushaltswelt sei auch Arbeitswelt, meint die Dozentin, ja, sie sei ein Vollzeit-Beruf.

Die Tagung der Fachgruppe Haushaltswissenschaft, die auf Bundesebene ein Mal im Jahr durchgeführt wird,

gruppe, Prof. Dr. Gerda Tornieporth von der TU Berlin: Verbrauchererziehung, Arbeits- und Sicherheitserziehung. Auch Haus-Arbeit könne nur in einem verantwortungsbewußten Umgang mit der Umwelt geleistet werden. Voraussetzung für die Verankerung der 'Arbeitslehre' an den Schulen in der Bundesrepublik sei allerdings, so Frau Tornieporth, die Kooperation auf der Grundlage gemeinsamer Zielsetzungen der Verantwortlichen über die einzelnen Landesgrenzen hinaus. Dazu beizutragen, war das Anliegen der Fachtagung in Paderborn. Empfehlungen zu Lehrplänen und Studiengängen sollen demnächst an die Kommission der KMK gehen, die sich im nächsten Monat zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenfinden wird.

Hochschulangehörigen aus allen Fachbereichen. Doch auch Nicht-Hochschulmitgliedern steht der Besuch der Veranstaltungen offen. Wer regelmäßig teilnimmt, muß sich allerdings als Gasthörer einschreiben. Kostenpunkt: 75 Mark.

Interessenten, die sich im Selbststudium Sprachkenntnisse aneignen wollen, können auf eine umfangreiche Sammlung von Sprachlehrmaterialien der Universität zurückgreifen. Zudem stellt die Hochschule zu den wichtigsten Sprachen und Sprachgruppen Berater zur Verfügung, die den Autodidakten bei der Auswahl der am besten geeigneten Sprachmaterialien, wie Lehrbücher, Tonbänder und -kassetten, helfen. Zu festgelegten

Sprechzeiten geben sie auch Auskunft zu allen weiteren Fragen, die mit dem Fremdspracherwerb zusammenhängen.

Die Hochschule verfügt durch ihr Audiovisuelles Medienzentrum (AVMZ) über eine umfangreiche Sammlung an Sprachlehrmaterialien (ca. 740 Titel zu 44 verschiedenen Sprachen). Darin enthalten sind unter anderem Lehrprogramme zum technischen Englisch und zum Wirtschaftsfranzösisch. Im Sprachlabor des AVMZ können die Fremdsprachenkenntnisse und -fähigkeiten anhand der Materialien überprüft werden. Nähere Auskünfte zu den Veranstaltungen und den Sprachberatungen erteilt die 'Betriebseinheit Sprachlehre' der Uni-GH-Paderborn unter der Rufnummer (05251) 60 2849 und 60 2856.

Ausstellung in der Uni-GH

„Industriebänder einmal anders“

Sprachkurse an Uni-GH

Von Englisch über Portugiesisch zu Niederländisch

Paderborn (php). Die Universität-Gesamthochschule-Paderborn wird zum 1. April die unterschiedlichsten Sprachkurse anbieten. Nicht nur die gängigen Fremdsprachen wie Englisch und Französisch stehen auf dem Programm für Anfänger und Fortgeschrittene, sondern auch Griechisch und Latein, Niederländisch, Portugiesisch, Spanisch, Italienisch und die Slawischen Sprachen.

Die Kurse, die von der 'Betriebseinheit Sprachlehre' der Uni-GH durchgeführt werden, richten sich an die

Paderborn (ghp). Bei dem Wort "Industriebänder" wird manch einer an die langen und ewig rollenden Fertigungsstraßen denken, auf denen Autoteile und andere Produkte von einem Arbeitsgang zum anderen transportiert werden. Wieder andere verbinden sicherlich mit dem Begriff eine besondere Art von Ton- und Bildträger, ähnlich den Studio-, Ton- und Videobändern. Doch weit gefehlt: In diesem Fall handelt es sich um Schräg-, Seiden-, Rips- oder Jutebänder, um Kordeln, Borden und andere textile Alltagslichkeiten, die der Schneider und die Schneiderin in den Kurzwarenabteilungen der Kaufhäuser zu erstehen pflegen.

Daß man/frau mit dieser Art von Meterware auch anderes machen kann, als Säume und Kanten einzufassen, dokumentiert die Ausstellung "Industriebänder einmal anders", die bis zum 2. April im Eingangsbereich der Hochschulbibliothek zu sehen ist. Präsentiert werden Arbeiten von Studentinnen des Faches Textilgestaltung, die sich im vergangenen Wintersemester unter der Leitung von Prof. Dorothea Reese-Heim im Rahmen einer Übung mit "Flächen- und Struktur-bildung aus Industriebändern" beschäftigt haben. Dabei ging es um die Gestaltung einer Fläche mit einem Hilfsmittel, das der industriellen Fertigung entspringt und Vorgaben wie

Struktur, Oberfläche, Höhe Breite und Länge beinhaltet. Ein Massenprodukt, das in dem neuen, künstlerischen Zusammenhang kaum noch als solches identifiziert werden kann.

Der freie Umgang mit den bildnerischen Mitteln ließ der Kreativität eine Chance, die es zu nutzen galt, wobei die manuelle Geschicklichkeit mit eingebracht werden mußte. Nicht das Erlernen einer Technik stand dabei im Vordergrund, sondern die Inspiration durch das Material. Bei den ausgestellten Objekten dominieren die Webänder. Sie wurden verfremdet u.a. durch Raffung, Drehung oder Schichtung. Durch Ordnung, Gliederung und Rhythmus kam es zu Formen, die das Begreifen der elementaren Gesetze des bildnerischen Schaffens möglich

machten. Ihren besonderen Reiz beziehen die oft großzügig und großflächig angelegten textilen Bilder oder Reliefs aus der Farbvielfalt, in der Industriebänder angeboten werden. Jede Nuance, aber auch jeder Kontrast ist möglich, der noch verstärkt werden kann durch färben, bemalen und bleichen.

Dorothea Reese-Heim macht zum zweiten Mal Arbeiten ihrer Studenten einer über das Fach hinausgehenden Öffentlichkeit zugänglich. Zum einen motiviert das die Lernenden, zum anderen können auf diese Weise immer noch bestehende Vorurteile gegenüber der Textilgestaltung abgebaut werden. Denn mit Häkeln oder Stricken hat das, was in der Bibliothek gezeigt wird, wirklich nichts zu tun.

hindertensportverbandes nach erfolgreicher Prüfung überreicht bekommen.

An dieser Ausbildung haben neben Sportstudenten und -innen mit abgeschlossenem Grundstudium auch Übungsleiter, die bereits Erfahrungen in der Behindertenarbeit gesammelt hatten, von Hövelhof und TuRA Elsen teilgenommen.

Ziel dieser Veranstaltung ist es u.a. in die normale Sportlehrerausbildung den Bereich "Behindertensport" einzubeziehen, damit die ausgebildeten Sportlehrer später in der Lage sind, an jeder Schule Kinder mit den verschiedensten Behinderungen in den Sportunterricht und damit in den Klassenverband zu integrieren und nicht von vornherein auszu-sondern oder sogar in "Sondereinrichtungen" auszugliedern.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt darin, das große Defizit im organisierten Behindertensport etwas auszugleichen, indem die Voraussetzungen für regelmäßiges Sporttreiben mit Behinderten geschaffen werden durch speziell ausgebildete Übungsleiter.

Etwa 30 % der Bundesbürger sind inzwischen sportlich organisiert, während von den 6,5 Mill. Behinderten in der Bundesrepublik weniger als 2 % sportlich organisiert sind (etwa 110 000).

Besonders groß ist dieses Defizit im Bereich "Sport mit geistig Behinderten". Daher ist für die jetzt im WS 84/85 neu angefangene Ausbildung in "Theorie und Praxis des Behindertensports" gerade dieser Schwerpunkt "Motopädagogik/Psychomotorik mit geistig Behinderten" gewählt worden.

Die 28 ausgebildeten F-Übungsleiter für den Behindertensport haben ihre Aus-



Dorothea Reese-Heim (Foto links) eröffnete die Textilausstellung, zu der auch ihre Kollegin Marita Stamm (Bildmitte) erschienen war.

Projekt „Behindertensport“ an der Uni-GH:

28 Teilnehmer erhielten die Übungsleiter-F-Lizenz

Paderborn (ghp). Im Projekt "Behindertensport" an der Uni-GH-Paderborn haben unter der Leitung von Dipl. Sportlehrer Uwe Rheker nach

einjähriger Ausbildung in "Theorie und Praxis des Behindertensports" 28 Teilnehmer die Übungsleiter-F-Lizenz des Deutschen Be-

bildung im WS 83/84 begonnen und am Ende des SS 84 mit einer Prüfung abgeschlossen. In diesem einjährigen Seminar wurden vor allem folgende Themen in Theorie und Praxis behandelt:

Didaktik und Methodik des Sports mit Körper- und Sinnesbehinderten, Didaktik und Methodik des Sports mit geistig Behinderten, Soziale Fragestellungen, Fragen der Organisation, Freizeitsport-Leistungssport.

Zusätzlich zum Seminar haben alle Teilnehmer an einem Praktikum im Sport mit Behinderten teilgenommen und ein Jahr oder länger aktiv mit Behinderten gearbeitet, ebenfalls unter der Anleitung von Dipl.-Sportlehrer Uwe Rheker, und zwar entweder in der Gruppe "Schwimmen mit körperbehinderten Kindern und Jugendlichen" oder "Familienfreizeitsport mit geistig behinderten Kindern" oder "Schwimmen und Freizeit mit geistig behinderten Kindern". Die jetzt qualifizierten Übungsleiter werden zum großen Teil in diesen Sportgruppen weiterarbeiten.

Vom St. Olaf College

Elf junge Amerikaner zu Gast in Uni-GH

Paderborn (ghp). Elf junge Amerikaner (19 - 21 Jahre) vom St. Olaf College in Northfield, Minnesota, USA nehmen im Februar/März an einem von der Betriebseinheit Sprachlehre in Verbindung mit dem Akademischen Auslandsamt organisierten Sprachkurs teil. Der Kurs findet im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Uni-GH-Paderborn und dem St. Olaf College statt; zwei der

Amerikaner werden gleich im Anschluß an den Sprachkurs für das Sommersemester hierbleiben.

Besonders beeindruckt zeigten sich die Gäste vom deutschen Karneval, den sie bei einer Exkursion am Rosenmontag nach Köln hautnah "mitbekamen". Es folgen noch Exkursionen zur Wewelsburg, ins Ruhrgebiet und eine Berlin-Woche. Schwierigkeiten hatten die St. Olaf-Studenten zunächst mit dem hiesigen Studiensystem: Sie beschwerten sich sogar, daß zuwenig Hausaufgaben gegeben und zuwenige Tests geschrieben würden. Dem konnte jedoch inzwischen abgeholfen werden.

Wegen des guten Erfolges soll ein ähnlicher Kurs in den Monaten August/September 1985 wieder durchgeführt werden. Für diesen Zeitraum werden noch deutsche Gastgeber gesucht. Im Gegenzug wird die Paderborner Hochschule im kommenden Wintersemester drei Studenten mit Vollstipendien an das St. Olaf College schicken; später ist eine Ausweitung des Austausches geplant.



Paderborn (ghp). Hermann Frister aus Peine (Foto) darf sich seit dem 25. Januar "Doktor" nennen. Der Chemiker bestand die Prüfung zum Dr. rer. nat. mit dem Prädikat "sehr gut". Das Thema seiner Dissertation, die Prof. Eckhard Schlimme als sein Doktor-Vater betreute, lautet: "N-Glycosidierung silylierter potentiell bioreaktiver Lactamsysteme". Frister machte zunächst eine Chmielaborantenausbildung und studierte nach dem Besuch einer Berufsaufbau- und einer Fachoberschule Chemie an den Gesamthochschulen Siegen und Paderborn. Seit 1982 ist der frischgebackene Doktor Mitglied der Studienreformkommission Naturwissenschaften und Mathematik beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

RECHENZENTRUM KÜRZT ÖFFNUNGSZEITEN

Bedingt durch zu befürchtende drastische Kürzungen im Bereich der studentischen Hilfskräfte sieht sich das Hochschulrechenzentrum (HRZ) gezwungen, einschneidende Beschränkungen der Öffnungs- und Beratungszeiten vorzunehmen. Wenn es bei dem angekündigten Kürzungsumfang bliebe, endeten, so HRZ-Leiter Dr. Fries, die täglichen Öffnungszeiten wie folgt vom 1. April bis 30. Juni um 20.00 Uhr, vom 1. Juli bis 14. Oktober um 18.30 Uhr und vom 15. Oktober bis 31. Dezember um 20.00 Uhr.

Die Öffnungszeiten würden von montags bis freitags gelten. Samstags soll das HRZ geschlossen sein.